



Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.
Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Preis pro Nummer 15 Pfennige.
Zu beziehen durch unsere Funktionäre.

Redaktion und Verlag:
Berlin O. 27, Schicklerstraße 5.
Fernruf: Alexander, 3007.

Das Mitteilungs-Blatt kann bei jeder Postanstalt
bestellt werden. Bezugspreis 2,10 Mk. pro Vierteljahr
inklusive Postgebühren.

Nr. 29.

Berlin, den 20. Oktober 1918.

13. Jahrgang.

Die Weltgeschichte ist das Weltgericht.

Berlin, den 15. Oktober 1918.

Sie sind allzumal Sünder.

Die neugebaute deutsche „Vollsregierung“ hat Pech. Ehe sie recht fertig ist, droht ihr schon eine Havarie. Ihr Haupt und verantwortlicher Leiter, der Jähringer Friedensprinz, steht schon wieder auf der Kippe. Täglich wurde ihm als dem reinen Gralsritter gehuldigt, der mit unbesleckten Händen den Friedenstempel öffnen werde. Und jetzt stellte sich auf einmal heraus, daß auch dieser Friedensprinz vor wenigen Monaten u. a. die vielgerühmte Resolution vom 19. Juli 1917 als „ein scheußliches Kind der Angst und der Berliner Hundstage“ bezeichnet hat, wie er auch über die „demokratische Parole der Westmächte“ nur mit Hohn und Spott urteilte. Die Geschichte seines Briefes vom 12. Januar 1918 an den Prinzen Alexander von Hohenlohe ist ja aus der Tagespresse bekannt.

Am 5. Oktober aber sagte der Herr Reichskanzler aus den Regionen des Gottesgnadentums: „Was mich selbst betrifft, so müssen meine früheren, vor einem anderen Hörerkreise gehaltenen Reden bezeugen, daß sich in der Vorstellung, die ich von einem künftigen Frieden hege, keinerlei Wandlung in mir vollzogen hat, seitdem ich mit der Führung der Reichsgeschäfte beauftragt bin.“

Ob dieser widerspruchsvollen Bekenntnisse des Friedensprinzen waren die Regierungsparteien ziemlich verdattert. Eine neue Kanzlerkrise schien unvermeidlich. Inzwischen besann man sich aber und ward inne, daß man der gleichen Sünde geziehen werden könne. Denn auch im Zentrum und in der Fortschrittlichen Volkspartei wie beim Regierungssozialismus sitzen massenhaft Leute, deren Vorstellung vom Frieden sich recht oft gewandelt hat. Je nach der Gunst oder Ungunst der Kriegslage war ihre Friedensinbrunst stärker oder schwächer. Und da man sich in gleicher Verdammnis fühlte, war man bereit, der prinzipiellen Zweifelseelentheorie mildernde Umstände zu bewilligen. Die Liberalen waren als erste zur Verzeihung bereit, nur um diesen „demokratischen“ Reichskanzler nicht zu verlieren. Der Regierungssozialismus hat zur Stunde, da diese Zeilen geschrieben werden müssen, noch nicht entschieden. Aber man kann schon jetzt prophezeien, daß auch er dem fürstlichen Kollagen von Exzellenz Scheidemann Absolution erteilen wird. Man kann sich eben den Luxus einer Kanzlerkrise nicht leisten. Einmal verbietet das die militärische und politische Lage. Zum zweiten aber, weil diese „Vollsregierung“, die nur durch das Teufelsmächeln von ein paar Duzend Parteiführern und Regierungsmännern zustande kam, gar nicht im Volke verankert ist. Zum dritten aber, weil unter den Parteien, die heute hier Hof- und Regierungsfähigkeit beweisen wollen, nicht ein einziger Mann zu finden ist, der als untadeliger und unwandelbarer Friedensherold gelten kann. Von Erzberger über Fischbeck und Müller-Meinungen bis Scheidemann — sie alle haben im Laufe der vier Kriegsjahre ebenso die Durchhalte- und Sieg-Posaune geblasen, wie sie jetzt auf der Friedensklarinette herumfingern.

Wozu der „Verständigungsfrieden“ dienen soll.

Die bürgerlichen Pazifisten singen Loblieder auf das Verständigungsprogramm des Herrn Wilson. Wir als internationale Sozialisten haben keine Ursache, in ihren Chorus einzustimmen. Wilsons Programm gewährleistet im günstigsten Falle ein gewisses Maß von bürgerlicher Demokratie in der Welt- und Staatenpolitik. Aber es behält unter allen Umständen bei die ökonomische Ungleichheit und die soziale Unfreiheit der arbeitenden Massen. Es ist errichtet auf den Fundamenten der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Es ist daher kein Wunder, daß allmählich auch die deutschen Imperialisten, wenn zunächst auch noch widerstrebend, Geschmaç daran finden.

An anderer Stelle veröffentlichten wir einen Beschluß des allrussischen zentralen Exekutivkomitees der Sowjet-Regierung. Die konservative „Kreuzzeitung“ bespricht ganz entsetzt diese Kundgebung und kommt zu dem Schlusse, daß die „Bekämpfung des Bolschewismus die Brücke darstellt, auf der sich die Kultur- und Wirtschaftsinteressen des Dreibundes und seiner Feinde vereinigen“.

Dieser Appell an die Klassen-solidarität der internationalen Bourgeoisie klingt auch aus der deutschen liberalen Presse.

Die Note des Präsidenten Wilson verlangte eine Erklärung darüber, ob die deutsche Regierung bereit sei, unverzüglich alle von ihr besetzten Gebiete zu räumen. Dies Verlangen bezog sich nicht nur auf Belgien und Nordfrankreich, sondern auch auf Serbien und Montenegro, auf Rumänien und die besetzten Gebiete des ehemaligen russischen Reiches.

Dagegen wendet sich die „Frankfurter Zeitung“ an Wilson und beschwört ihn, von einer Ausdehnung seiner Forderung der Räumung der besetzten Gebiete auf die Gebiete des ehemaligen russischen Reiches abzusehen. Sie erinnert daran, daß ja auch Amerika sich beteilige an der gegen das sozialistische Regime in Rußland gerichteten imperialistischen Aktion der Entente im Norden Rußlands, und schreibt dann:

„Auch Herrn Wilson wird es nicht verborgen bleiben, daß eine bedingungslose sofortige Räumung aller besetzten Gebiete im Osten — zu denen man trotz des eigenartigen Rechtstitels, auf den sich die Anwesenheit deutscher Truppen dort stützt, auch die Ukraine rechnen darf — zu nichts anderem führen würde als zur Auslieferung dieser Gebiete an den Bolschewismus. Nirgends, auch in Polen nicht, sind die Organe der staatlichen Gewalt, die sich in den vom Sowjet-Rußland losgelösten Gebieten gebildet haben, stark genug, um das zu verhindern. . . . Es kann sicherlich nicht in Wilsons Plänen liegen, der bolschewistischen Anarchie durch eine buchstäbliche Verwirklichung seiner Forderung Vorschub zu leisten.“

Das ist ein Appell an das kapitalistische Solidaritätsgefühl der Entente.

Wie hat man sich in den Kreisen der deutschen Bourgeoisie entrüstet über die gegenrevolutionäre Aktion der Entente in Rußland, wie hat man sie pharisäisch geschmäht — nun aber erzwingt die

Not der deutschen Bourgeoisie das Eingeständnis, daß sie selbst eine ähnliche Politik gegen die soziale Revolution in Rußland geführt hat, ja daß sie eine Fortsetzung dieser gegenrevolutionären Politik mit Hilfe der Entente wünscht.

Die „Frankfurter Zeitung“ ist eines der Hauptorgane der fortschrittlichen Volkspartei; die Kreise, deren Ansicht sie vertritt, haben zwei Vertreter in der Regierung sitzen. Wenn die „Frankfurter Ztg.“ jetzt an das Solidaritätsgefühl der Entente-Imperialisten appelliert, so kennzeichnet das nicht nur den Geist der deutschen Bourgeoisie, sondern auch den Geist der neuen deutschen Regierung, an der auch die Regierungssozialisten beteiligt sind. Ihre Hilferufe an die Entente kennzeichnen ihre Tendenz.

Nun ja, die Vertreter der bürgerlichen Regierungen mögen ihren Verständigungsfrieden schließen!

Die Sowjet-Regierung zur neuen weltpolitischen Situation.

Das in Christiania erscheinende Blatt „Socialdemokraten“ veröffentlicht folgendes Telegramm des Botschafters Joffe an den russischen Gesandten in Stockholm: (Wir zitieren nach der „Bosf. Ztg.“)

Man hat mir mitgeteilt, daß bei einer kürzlich abgehaltenen Versammlung des zentralen Exekutivkomitees, des Moskauer Rates und der übrigen Moskauer Organisationen nachstehender Beschluß gefaßt worden ist. Dieser Beschluß ist später vom allrussischen zentralen Exekutivkomitee gutgeheißen worden und wird vom Komitee der Moskauer Arbeiter und den Deputierten der Roten Armee sowie von den Distriktsräten und Gewerkschaften unterstützt:

Das allrussische zentrale Exekutivkomitee sieht es als notwendig an, den Arbeiterklassen aller Länder gegenüber seine Stellungnahme zu den Ereignissen der letzten Zeit bekanntzugeben. Die Imperialisten der Zentralmächte nähern sich schnell der Stunde der großen Katastrophe. Bulgarien und die Türkei sind aus dem Bunde ausgeschieden. Bald folgt Österreich nach. Die innere Front Deutschlands schwankt, die Politik der führenden Klassen bewegt sich zwischen Militärdiktatur und einem parlamentarischen Ministerium, bestehend aus Liberalen, Katholiken und sozialverräterischen Vertretern. Die englisch-französischen, amerikanischen und japanischen imperialistischen Mächte scheinen jetzt allmächtig zu sein, gerade wie Deutschland vor einem halben Jahre, während der Verhandlungen von Brest-Litowsk allmächtig schien. Nach ihren neuen Siegen treten die Mächte der Entente sogar als gefährlichere und unversöhnlichere Feinde als die Deutschen deräterepublik gegenüber auf. Aber genau so wie wir während der Glanzperiode des deutschen Militarismus die unaussprechliche Katastrophe und Unmöglichkeit ihrer Eroberungspläne voraussahen, in gleicher Weise drücken wir auch jetzt unsere unerschütterliche Überzeugung über den nahe bevorstehenden Zusammenbruch der Entente aus. Der tiefe innere Kampf zwischen den Teilnehmern in der Weltverderben und die noch tiefere Erbitterung bei den betrogenen Volksmassen führt die kapitalistische Welt einer sozialen Revolution entgegen. Jetzt, wie im Oktober des vorigen Jahres und wie während der Zeit der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk baut die Sowjetregierung ihre ganze Politik auf die Überzeugung von einer kommenden sozialen Revolution auf. Die Unerschütterlichkeit dieser Überzeugung ließ uns auf die schlechtesten Bedingungen des Brest-Litowsker Friedens eingehen, in welchem wir nicht einen Augenblick das letzte Wort der Geschichte sahen.

In dem wir das Schicksal der Ukraine, Polens, Litauens, der Ostprovinzen und Finnlands an das Schicksal der russischen Arbeiterrevolution knüpfen, weisen wir jeglichen Gedanken auf irgendwelche Verbindung mit dem Imperialismus der Entente zur Erreichung der Veränderung des Bestandes der Welt zurück. Die Ketten, die die englisch-französischen und japanisch-amerikanischen Mächte den Völkern bringen, sind nicht im mindesten besser als die deutsch-österreichischen Ketten. Die Militärdiktatur Deutschlands kann ebenso wenig wie eine parlamentarische Koalition zwischen bürgerlichen Geschäftsleuten und sozialistischen Komprorhalslaken den Gang der Ereignisse ändern. Die Arbeiterklasse Deutschlands wird von den Ereignissen unwillkürlich zur Macht getrieben.

Der Kampf zwischen den englisch-amerikanischen und österrösch-deutschen Mächten kann jeden Tag in einen Kampf zwischen dem Imperialismus und der deutschen Arbeiterklasse verwandelt werden. Das Allrussische zentrale Exekutivkomitee erklärt vor der ganzen Welt, daß das ganze Sowjet-Rußland in diesem Kampf mit allen Kräften und allen möglichen Mitteln die deutschen Arbeiter beschützen wird. Das Allrussische zentrale Exekutivkomitee zweifelt nicht daran, daß Frankreichs, Englands, Italiens, Amerikas und Japans revolutionäre Arbeiterklasse sich im selben Lager wie Rußland und das revolutionäre Deutschland befinden werden.

In Erwartung der kommenden revolutionären Ereignisse ist eine Pflicht des Allrussischen zentralen Exekutivkomitees, mit verdoppelten Kräften gegen die Banditen, die auf unser Territorium gekommen sind, zu kämpfen, um gleichzeitig eine wirksame Hilfe für die Arbeiterklasse Deutschlands und Österreichs vorzubereiten, sowohl in militärischer Hinsicht wie in bezug auf Lebensmittel. Das Allrussische zentrale Exekutivkomitee befehlt deshalb dem revolutionären Militärat der Republik, sofort ein erweitertes Programm für die Organisation der Roten Armee unter Hinsicht auf die neuen internationalen Verhältnisse auszuarbeiten. Das Allrussische zentrale Exekutivkomitee befehlt der Lebensmittelkommission, sofort den Plan zur Errichtung einer Lebensmittelreserve für die arbeitenden Massen in Deutschland und Österreich auszuarbeiten zur Unterstützung in ihrem Kampf gegen innere und äußere Räuber und Verräter. Alle Institutionen Rußlands, sowohl zentrale wie lokale, alle Gewerkschaften, Fachausschüsse, die Komitees der armen Bauern sowie die korporativen Genossenschaften werden verpflichtet, in der wirksamsten Weise an der Mobilisierung einer mächtigen Roten Armee und an der Errichtung einer Lebensmittelreserve der sozialen Revolution teilzunehmen.

Die militärische Lage der Sowjet-Republik.

Am 30. September fand in Moskau eine Sitzung des Zentralerekutivkomitees statt, die durch einen umfangreichen Bericht der Genossin Angelika Salabanowa über die internationale Lage eröffnet wurde. Darauf sprach Gen. Kibiger, der vor kurzem über Sibirien aus Amerika gekommen ist, über die Lage und die Stimmung des amerikanischen Proletariats und über die Lage in Japan und in Sibirien. Selow berichtete über die Situation in Bulgarien; darauf wurde eine Resolution angenommen, in der das Zentralerekutivkomitee der Sowjets das bulgarische und das serbische Proletariat und die Bauernschaft begrüßt.

Dann ergriff Genosse Trocki zu einer längeren Rede das Wort. Er erklärte, daß die Lage an der Front sehr befriedigend sei und führte dann unter anderem folgendes aus: Es ist zweifellos, daß bei uns eine starke, wirklich gute Armee im Entstehen begriffen ist, die von Tag zu Tag wächst. An allen Fronten haben sich feste zuverlässige Stammtruppen gebildet. Diese Stammtruppen werden wir weiter aufbauen, und sehr bald werden wir eine große starke, zusammengesetzte Armee haben. Was die einzelnen Fronten anbetrifft, so kann man im Norden zwar Stillstand, dafür gesicherte Lage konstatieren. Wir haben Archangel verloren aus verschiedenen Ursachen, die noch nicht alle untersucht sind. Jedenfalls hat die Entente nach diesem Erfolge dort keine weiteren erlangen. Jetzt kommt die kalte Jahreszeit, das Weiße Meer friert zu und wenn sich bis zum Anfang des Winters die englisch-französischen Landungstruppen nicht mit den Tschecho-Slowaken vereinigen können, so wird ihre Lage äußerst schwierig werden, und es bleibt uns dann nur übrig, sie auf das Eis oder unter das Eis des Weißen Meeres zu drücken, was, wie ich hoffe, unsere Arme vollbringen wird. An der Ostfront ist die Lage durchaus günstig. Die Initiative ist vollkommen in unserer Hand. Unsere Truppen haben Kalan und Simbirsk genommen. An der Wolga hat der Feind nur noch zwei wichtige Orte: Syran und Samara. Gegen diese beiden Städte werden von uns jetzt groß angelegte Bewegungen ausgeführt, und ich kann wohl sagen, daß sie bald genommen sein werden. Wir werden die ganze Wolga vom Feinde überrennen, und die Wolga wird ein Fluß der Sowjets werden. Gleichzeitig werden am Ural großartige Operationen geleitet, und nach der Säuberung der Wolga werden diese selbstverständlich mit noch größerem Erfolge vor sich gehen. Wir haben nach einer sehr wichtigen Südfront, an der in der letzten Zeit die Kämpfe mit wechselndem Erfolg geführt werden, doch man hat Grund zur Annahme, daß sehr bald eine entscheidende Wendung zu unseren Gunsten eintreten wird. Die Erfolge Krasnows werden bald vorübergehen, und der Nordkaufas wird für die Sowjetmacht wiedergewonnen werden. Unsere Erfolge werden durch die immer wachsende Kriegserfahrung unserer Armee bedingt. Was die Kommandosstellen anbetrifft, so steigen einerseits aus der Zahl unserer Soldaten und Offiziere begabte Führer empor, andererseits haben wir in unseren

Reihen bereits Dutzende von Offizieren der alten Armee, deren Schicksal innerlich mit dem der Roten Armee untrennbar verbunden ist. Ferner haben uns die Tschecho-Slowaken ungewollt sehr gute Dienste geleistet, denn die Bewohner der Gegenden, in denen sie gehaust haben, empfangen die Soldaten der Roten Armee als ihre Erlöser.

Noch niemals war unsere Partei und die ganze Sowjetmacht so einig wie jetzt, während in den Reihen unserer Gegner eine starke Zerlegung stattfindet. Damit will ich gewiß nicht sagen, daß überhaupt keine Gefahr mehr besteht, aber sie ist nun in die Ferne gerückt, und das ist ein großer Gewinn für uns.

Wir erhalten dadurch eine große Atempause. Jetzt kann keine Rede mehr davon sein, daß in einer nahen Zukunft eine militärische Katastrophe über uns hereinbricht. Die weißgardistischen Zeitungen schreiben schon jetzt von den englisch-französischen Landungstruppen wie von einer verschwundenen Hoffnung, und ihre Blicke sind ostwärts nach Japan und Amerika gerichtet. Von dort droht aber keine Gefahr. Doch diese Gefahr ist von uns durch viele Tausend Kilometer getrennt. Wir können den ganzen Winter zur Stärkung unserer Truppen verwenden, und die von uns eingenommenen Städte werden sofort nach allen Regeln der Kunst stark befestigt. Und selbst wenn man annimmt, daß die Japaner und Amerikaner zur Unterstützung der Tschecho-Slowaken und Weißgardisten bis zum Ural vordringen werden, so werden sie noch vor dem Frühjahr dort einen starken Wall unseres Widerstandes vorfinden. Sie müssen ihren Weg durch ein riesiges Land zurücklegen, wobei sie keine Rückendeckung haben. Und sie werden links und rechts von dem durch sie besetzten schmalen Landstreifen an der Eisenbahn nur Feinde sehen, die zu allem bereit sind um ihr Land und Brot zu verteidigen. Die Japaner und die Amerikaner müssen einen ungeheuren Troß hinter sich herschleppen, und wie reich die technischen Hilfsmittel der Amerikaner auch sein mögen, und wie mächtig der japanische Militarismus auch ist, so werden sie doch viele Wochen und Monate gebrauchen, um durch das riesige Sibirien an die Grenzen Europas zu gelangen. Gegenwärtig hat zwischen Japan und Ame-

Parteigenossen!
Werbet für die Unabhängige
Sozialdemokratische Partei
Deutschlands!

rika ein Abkommen stattgefunden. Seine Bedeutung und seine Bedingungen sind uns unbekannt. Wir haben im Laufe dieses Weltkrieges Beispiele gesehen, wo Verbündete sich in erbitterte Gegner verwandelten; und je mehr wir uns dem Ende des Weltkrieges nähern, desto öfter werden solche Verwandlungen stattfinden. Ob die Übereinstimmung Amerikas mit Japan noch bis zum Frühjahr dauern wird, kann kein Prophet vorherzagen, und wie weit sich bis dahin die inneren Widerstände in beiden Ländern entwickeln werden, ist unbekannt; denn noch vor einem Monat konnten wir in Japan eine riesige Bewegung von Millionen von Arbeitern beobachten. Diese Tatsache ist äußerst bemerkenswert.

Der Austritt Bulgariens aus den Reihen des Verbundes verstärkt zweifellos unsere heutigen unmittelbaren Gegner, die Ententemächte. Doch wir brauchen uns nicht zu fürchten, denn als vor zwei Monaten unsere Lage sehr schwierig war, haben wir nicht die Hände in den Schoß gelegt, sondern wir rechneten darauf, daß wir durchhalten werden, und wir haben bis heute durchgehalten. Deshalb können wir heute hoffen, daß keine Macht uns brechen wird. Wir müssen die nächsten drei Monate angestrengt arbeiten, um unsere Armee noch mehr zu festigen und sie noch widerstandsfähiger zu machen. Das ist die Aufgabe des Zentralerekutivkomitees. An der Front ist jetzt neues, frisches Menschenmaterial, und wir müssen es gut organisieren und es in die schon bestehenden Stammtruppen einfügen.

Die Mobilisation wird von den ärmeren Volksschichten sehr gut aufgenommen. Jetzt gleicht Rußland nicht in Worten, sondern in der Tat einem Kriegslager. Wir müssen die Engländer und Franzosen davon überzeugen, daß der Raubzug gegen uns nicht nur ein großes Verrücktes, sondern auch eine große Dummheit ist. Unser Widerstand an der Ostfront wird eine starke Abwehrung auf die Volksmassen Japans und Amerikas ausüben, und wir werden allen unseren Feinden zeigen, daß wir eine Macht sind, die leben will und leben wird.

Die Sitzung des Zentralerekutivkomitees von ganz Rußland (am 30. September 1918).

Die internationale Arbeiterbewegung.

Die Genossin Angelika Salabanowa erstattet Bericht als Sekretärin der internationalen sozialistischen Kommission (Zimmerwald).

Der Arbeitserfolg der Zimmerwalder hat alle Erwartungen übertroffen und die Lösungsworte der Zimmerwalder Konferenz sind allgemeines Gut des europäischen Proletariats geworden. Nach der Rienthaler Konferenz ist das Zusammenarbeiten mit anderen Parteien wesentlich erschwert, nichtsdestoweniger sind die vorgemerkten Grenzen durch den Anschluß der 27 Parteien an das Zimmerwalder Programm bereits überschritten. Angehörigen haben sich selbst Elemente, die vor dem Kriege fern vom politischen Leben standen.

Was die erste russische Revolution anbetrifft, so muß natürlich erwähnt werden, daß alle diejenigen Elemente, die auch nur instinktiv die Zusammenhänge der russischen

Revolution begriffen, mit Leib und Seele daran sind, sie zu unterstützen. Daher sind sie auch in der Lage, die Maßnahmen der Sowjetmacht richtig zu beurteilen, wenn auch das Ausland alles daran setzt, die Erfolge der Revolution zu verheimlichen und die Bedeutung der einzelnen Ereignisse in falsches Licht zu stellen. So wurde erst vor zwei Wochen eine Entente in die Welt gesetzt, Petrograd existierte nicht mehr, die Bauern hätten diese an allen Enden angezündete Stadt geplündert usw. Die Organisierten wissen ganz genau, was wohl an diesen Tendenznachrichten Wahres sein mag, daß man sie mit allerlei Übertreibungen nicht mehr einzuschüchtern vermag. In der letzten Zeit hat sich nun die Zimmerwalder Kommission hauptsächlich mit der Dementierung und Klärung der infamen Lügennachrichten über die russische Revolution beschäftigt müssen.

Genosse Redgers, Vorsteher der sozialistischen Propaganda in Amerika, der über die Arbeiterlage in Amerika und Japan berichtete, sagte folgendes: Zwei große Kraftanstrengungen gibt es in Amerika, in dem Willen des Präsidenten mit Vollmacht fast eines Selbstherrschers ausgestattet ist. Das Beispiel der russischen sozialistischen Revolution, die den amerikanischen Arbeitern den Weg ebnet und gezeigt hat, und die Einführung der Militärdienstpflicht, die durch Schaffung eines bewaffneten Proletariats für die amerikanischen Kapitalisten gefährlich werden wird. Durch die Bewaffnung wird das Proletariat in der Lage sein, die Diktatur des Imperialismus gegen die Diktatur des Proletariats eingutauschen.

In Japan ist gleichfalls der Proletariatsgedanke rege, da aber im Lande die einflussreichen demokratischen Kreise fehlen, verhält sich die Regierung den Arbeitermassen gegenüber grausam und frech. Kein Parteilieben, keine Agitation, keine Pressefreiheit ist im Lande des Mikado zulässig. Einzelne Gruppen aber verrichten die revolutionäre Arbeit und protestieren gegen die Einmischung Japans in Rußlands Angelegenheiten. Sie bitten, ihren russischen Genossen einen Gruß zu übermitteln. Die Einmischung ist in Japan sehr unpopulär und brüht wie ein schwerer Alp die Arbeiter und Bauern. Von Patriotismus und kriegerischer Begeisterung ist keine Rede. Die russischen Genossen werden da ein dankbares Tätigkeitsfeld finden, denn die meisten japanischen Bauern sind entweder Kleinpächter oder ganz arm. Das Programm der Sozialisierung des Bodenschiffes wird sicher einen lebhaften Widerhall finden. Es müssen nur die japanischen Soldaten in entsprechender Weise den Idealen zugeführt werden, um dann auch im Lande der aufgehenden Sonne die Epoche der sozialistischen Klassenrevolution beginnen zu lassen.

Ueber die schweizerische Bewegung sprach Vaturin. In der Schweiz, in dem Lande der Freiheit, werden alle sich zur bolschewistischen Gesinnung Bekennenden, vor allem aber die russischen Genossen, rücksichtslos verfolgt. Die Schweiz ist ein neutrales Land, aber das schweizerische Kapital arbeitet fast ausschließlich für den Krieg. Die Arbeiterklasse hat infolge dessen unter der Ausbeutung schwer zu leiden. Da die Gegensätze in der Schweiz durch die Neutralität nicht in demselben Maße verschärft sind, wie es in anderen Ländern der Fall ist, glaubt die alte Sozialistenpartei, die wirtlichen Interessen der Arbeiterklasse gar nicht mehr verfolgen zu brauchen. Und doch ist es trotz der legitimen offiziellen sozialistischen Partei der Schweiz zu Demonstrationen gekommen. Wenn man von der Revolution spricht, gebraucht man verächtlich das Wort „Bolschewismus“. Das Wort „Bolschewik“ wird jetzt in allen Sprachen und in allen Formen und Fäßen definiert und modelliert. Der Streit ist das populärste Wort geworden.

Genosse Stedlow sagte: Als wir die Referate über die internationale Lage der Arbeiter anhörten, dachte ein jeder von uns an den neuen Revolutionsherd auf dem Balkan. Die Ausschaltung Bulgariens ist um so mehr von Wichtigkeit, als dieses Land zuerst bewiesen hat, daß es sich darum handelt, daß das Joch des Imperialismus abgeworfen wird. Das kleine Bulgarien wird die bevorstehende Anarchie nicht leicht ertragen können. Wir wissen, zu welchen Mitteln die Bourgeoisie greift, wenn es gilt, den Sozialismus zu verleumben oder etwa lächerlich zu machen. Wir wissen aber ganz genau, was in Bulgarien vorgeht und wie der Kallnow, eine Art Mikulow, zu bewerten ist. Die Partei der Tschaiki-Kommunisten ist ein mächtiger Faktor in der internationalen Revolution. Schon naht die Stunde der kommunistischen Oberherrschaft auch in Bulgarien. Im Namen der Bolschewik-Partei schlage ich vor, den Tschaiki-Kommunisten als einer internationalen Revolutionspartei einen Gruß zu senden und folgende Resolution anzunehmen: Der Zentralerekutiv-Ausschuss ermächtigt das Präsidium

1. das gesamte Proletariat der ganzen Welt über die Ansichten und Interventionsgefühle der sogenannten Entente zu unterrichten,
 2. einen Gruß an alle gleichgesinnten Parteien aller Länder zu übermitteln.
- Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Die industrielle und professionelle Registrierung in Rußland.

Die „Zaweschja“ bringen in der Nr. 210 vom 27. September einen Artikel über die industrielle und professionelle Registrierung in Rußland, in dem es unter anderem heißt:

In Rußland unternimmt im Oktober d. J. die statistische Zentralverwaltung eine Registrierung aller Industrieunternehmen, Fabriken, Bergwerke und Schächte, ebenso wie aller Arbeiter, die an diesem Unternehmen beschäftigt sind. Die beiden Listen sollen alle Unternehmungen umfassen, welche mit mechanischen Motoren und nicht weniger als 16 Arbeitern im Betriebe stehen, oder ohne mechanische Motoren und mit nicht weniger als 30 Arbeitern. Sie werden nach Gesichtspunkten zusammengestellt die von dem

altrussischen Kongress der Statistiker vom 9. bis zum 16. Juni d. Js. zusammengestellt und Zentralgewalt schätigt worden sind.

Infolge einer ganzen Reihe von Ursachen durchlebt unsere Industrie eine Epoche des Ueberganges zu ganz neuen Produktionsarbeiten. Sie wird auf vollkommenen neuen Grundlagen wieder aufgebaut. Es entstehen ganz neue Produktionsverhältnisse; anstelle der aus dem Kapitalismus geborenen Anarchie tritt ein vollkommen neuer Wertaufbau, der sich den Bedürfnissen der Lebensfähigkeit anpaßt, eine Industrie, die an Stelle des Strebens nach kapitalistischen Einnahmen einzig das Ziel verfolgt, die Bedürfnisse des ganzen Volkes und nicht allein der privilegierten Schichten zu befriedigen. Zur Förderung dieser Arbeit muß genau festgestellt werden, was das Land augenblicklich befiht, muß die ganze augenblickliche Lage unserer Industrie geklärt werden. Außerdem muß die Anzahl aller in diesen Unternehmungen beschäftigten qualifizierten Arbeiter festgestellt werden, um die Höhe der Leistungsfähigkeit des Landes in Erfahrung zu bringen, da der Plan der Neuorganisation der Industrie sich streng an die Anzahl und Qualität des vorhandenen Materials der Produktionskräfte halten muß.

Die nächste Aufgabe ist die Regulierung, und später die Anpassung aller alten Unternehmungen an die neuen Verhältnisse. Die Groß-Industrie läßt sich leichter registrieren, regulieren und planmäßig verteilen, als die Kleinindustrie. Außerdem wird der Prozeß der Regulierung der kleineren Unternehmungen schon als solcher bedeutend durch die Regelung der großen Unternehmungen beeinflusst. Der Umfang der Leistungsfähigkeit beschränkt sich daher nur auf die in materieller und technischer Hinsicht bedeutenden Unternehmungen, und läßt die kleineren außer Beachtung.

Die beiden Listen werden eine genaue Erforschung des ganzen wirtschaftlichen Lebens der Industrieunternehmungen im Laufe einer fünfjährigen Periode (1913 bis 1918) darstellen und sollen zugleich die augenblickliche technische Höhe und Organisation klarlegen.

Die japanischen Sozialisten gegen die Entsendung von Truppen nach Sibirien.

Die japanischen Sozialisten sind jetzt ebenso gegen einen russisch-japanischen Krieg, wie sie es im Jahre 1904 waren. Sie haben an die russischen Genossen einen Brief geschickt, in dem sie sich auf den Standpunkt des Volkswidmuses stellen und energisch gegen die Entsendung japanischer Truppen nach Sibirien protestieren.

Wir lassen den Brief folgen:

An die russischen Genossen! Mit gespannter Aufmerksamkeit haben wir den Gang der russischen Revolution verfolgt und mit tiefer Sympathie Euer kühnes Vorgehen bewundert, das einen unauslöschlichen Eindruck auf die Seele des japanischen Volkes gemacht hat. Wir sind empört über die Handlungsweise unserer Regierung, die Truppen nach Sibirien entsandt hat. Denn unter welchem Diktandum dies auch geschehen sein mag, es wird dadurch doch die freie Entwicklung Eurer Revolution gehemmt. Wir bedauern tief, die Euch von unserer imperialistischen Regierung drohende Gefahr nicht abwenden zu können. Ihr könnt aber überzeugt sein, daß obwohl und die Regierung augenblicklich stark verfolgt, auch über Japan bald das Banner der Freiheit wehen wird. Gleichzeitig mit diesem Briefe übersenden wir Euch eine Kopie von unserer Resolution.

Mit revolutionärem Gruß

Das Exekutiv-Komitee der sozialistischen Parteien in Jolohama und Tokio.

Neue Industrie-Probleme?

W. Rudner, Wien.

Um es gleich vorweg zu sagen: nicht um die neuzeitliche opportunistische Interpretation Marxscher Grundgesetze soll hier gestritten, noch kann ein blühender Gedanke zur Debatte gestellt werden. Ein aktuelle Tagesfrage anknüpfend, wollen wir uns mit den neuen Wegen, die die „Deutsche Arbeitsberztig.“ als alten Ledenblätter kürzlich aus der Vergessenheit riß, ein wenig befassen, die uns so — glücklicherweise — mytisch anmuten.

Das genannte Organ, das den großen Vorzug der methodischen und offenen Zielklarheit in sich birgt, nimmt eine Frage auf, die die ganze kapitalistische Internationale in dieser und jener Form, gestern und heute, mehr oder weniger anerkennend interessiert und gerissen vertritt und nun von den deutschen Apologeten schwerindustrieller Observanz breitgeschlagen wird.

In der Vorkriegszeit behandelte man allüberall die Arbeiterschaft mit Felleiche und Ausnahmefällen, christlichen und geistlichen Verbänden, fürzte sich zu weilen in die Unkosten eines „konstitutionellen“ Betriebes oder man stellte wie in den Vereinigten Staaten, Pinkertons resp. „Labour Spies“ — Arbeiter-Spigel — ein, um die Arbeiter zur Aufgabe ihrer Ideologie und zur Einstellung des Klassenkampfgedankens zu veranlassen.

Mit großem Aufwand bildeten sich die Industrie-Leudalen eine Avantgarde mit allem theoretischen Rüstzeug aus und die Klappnetze verkündeten täglich die Interessensharmonie zwischen Kapital und Arbeit und ließen das Hohelied der Verbrüderung in weihenollen Akorden erklingen.

Das Gesamtergebnis muß aber den erhofften Erwartungen nicht sonderlich entsprochen haben, denn wenn nun „Neue Wege“ gesucht werden müssen, um zum Ziele zu gelangen, so bestätigt das die Enttäuschung innerhalb des Unternehmertums.

Die Geschichte ist nun mal eine Geschichte von Klassenkämpfen und wenn die Reorientierung mit ihren bekannten Begleiterscheinungen, wie die Creation des heiligen Vurgfriedens, die Arbeiterschaft zur Passivität degradierete, so ist dieser Spruch nachgerade heute längst verflozen.

Das inlim-verständnisvolle Kompromisseln, Lieblingen und Entgegenkommen der herrschenden Klassen gegenüber der Arbeiterschaft ist vorüber und die Arbeiter in allen Ländern quätern dieses menschenfreundliche philanthropische Geime nicht mit hellem Dank, sondern erkühnen sich, politische und wirtschaftliche Forderungen zu stellen.

Anstatt Dank und Ruhe trat Unmut und Unruhe an deren Stelle. Auch der frömmste Gefolgsmann der Regien und Genossen wird als unsicherer Kantonnist angesehen, trotz aller Mühe und Aufopferung der Generalkommission, die freien Gewerkschafter, zu denen auch der Schreiber zählt, brav, treu und deutschbieder zu führen.

Und da alle eingangs angeführten Mittel mit samt unseren Kriegserregungenschaften nicht versingen, so müßten, der Not gehorchend, die allerdings sehr alten „Wege“ von Schutt geräumt und gangbar gemacht werden.

Der verstorbene Schweizer Großindustrielle Sulzer-Ziegler aus Winterthur veröffentlichte schon im Jahre 1912 in der zürcherischen Wochenschrift „Wissen und Leben“ eine mächtige Krielleserie, in der er u. a. den Kampf gegen das Unternehmertum als eine „gedankenlose Nachbetriebe des absurden marxistischen Dogmas“ erwidert, uns aber auch enthüllte, daß unsere sozialistischen Theoretiker nicht mehr normal, daß sie Phrasen seien, die „dreifachen Schwind“ treiben und daß es nur ein gerechtes System gebe, das des „konstitutionellen Betriebes“ in dem der Arbeiter in jeder Beziehung ganz auf seine Kosten komme.

Nun, wer die Schweizerischen Verhältnisse kennt, weiß, wie es im industriellen Imperium Sulzer-Ziegler bis auf den heutigen Tag aussieht, wie ein modernes Trudsystem die Arbeiterschaft in ihrem Vorne hat, die die konstitutionellen Wohlfaten als Plage empfindet und oft zu den unveräußerlichen Rechten des Streiks greifen muß, um Verschlechterungen, Maßregelungen der „konstitutionell“ eingesezten Fabriksvertrauensleute usw. abzuwehren.

Nichtbestoweniger vertrat dieser schweizerische Apokalypse konstitutionelles System und empfahl seinen Klassengenossen, hinzugehen und daselbe zu tun.

Kurz vorher befahte sich der amerikanische Stahlkönig Carnegie ebenfalls mit dieser Frage und er legte die Quintessenz seiner Gedankenarbeit auf national-ökonomischem Gebiet in einer „The Industrial Problem“ beiliegten Arbeit nieder, die in der Dezembernummer 1911 der „The North American Review“ erschien.

Da diese Arbeiten zeitlich zusammenfielen und parallele Ansichten bargen, besprach der Schreiber dieser Zeilen diese Frage in der schweizerischen „Gewerkschaftlichen Rundschau“ (im Aug. 1912), und es dürfte interessieren, was dieser Rissard über die industrielle Frage für Ansichten vertritt.

Der Mann, der einen guten „Riecher“ hatte, sah, daß die gigantischen Unternehmungen allgemach reif werden, um in den Besitz der Allgemeinheit übergeben zu werden.

Das ist nichts für Carnegie und seine Klassengenossen. Mindestens will er diesen Zeitpunkt möglichst weit hinausgeschoben wissen. Um dies zu erreichen, muß er die soziale Frage lösen. Wie er dies tut, soll unser besonderes Interesse erwecken.

Er weist auf das Vorbildliche des Stahlstruhs hin (1), führt die Millionenleistungen für das Wohl der Arbeiter an, und stellt in den Vordergrund die Bedeutung der Arbeiter als Aktionäre und führt die generöse (1?) Behandlung des Unternehmens in Versicherungsfragen an.

Dies seien Zeugnisse für die stetige Annäherung zwischen Kapital und Arbeit.

„Anstatt ein paar Gesellschafter haben wir das zu begründete Ereignis von 100 000 Aktienhabern, wovon 30 000 Angestellte sind.“ Außer dem Stahlstruß wandelt auch der ganze Landwirtschaftsmaschinenstruß, die „Harvester Company“ die gleichen Wege.

Kapital, Arbeit und Lächlichkeit werden einen dreibeinigen Stuhl konstituieren: jedes Mitglied unentbehrlich. Nicht erstens, zweitens, drittens, sondern alle gleich.“ Er verlangt auch Industrieerichte, die die Preise festlegen sollen und sagt dann: „Nicht länger monopolistische Preise für den Produzenten, angemessene Preise für den Konsumenten und bessere Freundschaft, viel mehr Verwandtschaft mit der Arbeiterschaft als je zuvor.“

„Daß uns, Kapital und Arbeit, in dasselbe Boot steigen, zusammen rudern, und uns allen wird wohl sein.“

Soweit die Sirenenrufe Carnegies, der mit den Industriegelehrten den dann staatlich festgesetzten größten Profit recht lange einzusacken sich bemüht. Und um ungehörte Rehrvert zu schinden, sollen selbst auf Kosten sogenannter demokratischer Jugendverbände staatliche Eingriffe vorgenommen werden. Die Arbeiter sollen durch das Zaubermot „Aktienfreunde“ gelddert werden, um sie zur Aufgabe des Klassenkampfes und zur Liquidierung ihrer Verbände zu veranlassen. Aus modernen Klassenbewußten Arbeitern, die für eine höhere Gesellschaftsform revolutionierend wirken, sollen — Kuponsbesitzer gemacht werden. Das ist der Sinn und Zweck des amerikanischen Ausbeuters, der mal von der „New-Yorker Staatszeitung“ (17. April 1912) anlässlich der „entsetzlichen Zustände“, die seinerzeit der Bundesarbeitskommission Mail feststellte als „einer der schlimmsten Sklaventreiber“ bezeichnet wurde. Das soll genug besagen und angeführt möge noch werden, daß viele Arbeiter-Gesellschafter durch Finanzmandover um ihre Einlagen geprellt werden.

Nun kommt im vierten Jahre des entsetzlichen Gemegels die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ und propagiert heute Sulzer-Ziegler-Carnegiesche Methoden und tritt dafür ein, das deutsche Aktiengesetz zu reformieren, den Mindestsatz von 1000 Mark pro Anteil zu erniedrigen, um dem Arbeiter es möglich zu machen, an der industriellen Prosperität und auch an den — Verlusten teilzunehmen zu können.

Nachher, so beduziert man in diesen Kreisen, wird das erhöhte Standesbewußtsein aller Arbeiter-Gesellschafter jeden wirtschaftlichen Kampf erlösen und das industrielle Nirwana auf Erden inauguriert werden.

Kapitalist und Arbeiter werden sich an die Hände fassen, der Morgenstern des neuen Zeitalters jauchzend entgegengehen und einen Indianertanz ums goldene Kalb aufführen.

Nun, daß sich seiner historischen Mission bewußte Proletariat hat in diesen 4 harten Kriegs- und Lebrjahren genug Anschauungsunterricht genossen, um nicht einseitig genug zu sein, um das Einseitigkeit eines prozenteabwertenden Stückchen Papiers sich um eine ganze Zukunft pressen zu lassen; zur höheren Ehre aller Schlotjunker und Krautbarone, denen reibungslos und ewig machend das Erden-Manna zu fließen soll.

Das deutsche Unternehmertum dürfte sich täuschen, zu vermögen, wenn sie u. a. einen Pair Stegerwald und einen Regien gewann, nun auch wir vollends willfährig sind, nach der Weise jener Herren zu tanzen. Wir werden uns zu hüten wissen, auf den Leim zu geben, die große Masse wird evtl. noch mehr Lehrgeld zu zahlen haben und die „A.-Btg.“ wird über kurz oder lang eingeschoben müssen, daß sie mit ihren neuen Wegen die kommende Sozialisierung nicht aufzuhalten vermag und mit ihren Methoden Schiffsbruch erlitt.

Aus den Organisationen.

Treptow-Baumschulweg. Der Sozialdemokratische Wahlverein hält Dienstag, den 22. Oktober, eine außerordentliche Mitgliederversammlung im Lokal „Spreegarten“, Alt-Treptow ab. Tagesordnung: „Das neue Deutschland“. Ref. Reichstagsabgeordneter A. Denke. Diskussion. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, sind willkommen.

Ferner werden die Genossinnen und Genossen darauf aufmerksam gemacht, daß am Sonnabend, den 26. Oktober, in der Treptower Sternwarte ein Film-Vortrag über „Das Berner Oberland“ stattfindet. Der Vortrag beginnt pünktlich 7 Uhr. Nach dem Vortrag gemütliches Beisammensein im Lokal des Genossen Kubat, Parkstraße. Einlaßkarten kosten 1 Mark, dieselben sind bei allen Funktionären zu haben.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Vereins-Veranstaltungen.

Kreuzkreuzliche Gemeinde Berlin.

Sonntag, den 20. Okt., vorm. 9 Uhr. Doppel-Messe 15/17: Neudöln, „Ibsakajino“, Weichselstr. 8; Oberschöneweide, Wilhelmminnenhaffstr. 48 bei D. Wamp; „Freireligiöse Vorträge“. — Vorm. 10½ Uhr. Al. Frankfurterstr. 6: Vortrag von Herrn Dr. Hermann Haffse: „Neben der Hauptstraße.“ Gäste willkommen.

28. Oktober, abends 8 Uhr, im Lehrervereinshaus: Großer Lichtbildvortrag von Herrn Rudolf Köster: „Die Mechanik der Weltsubstanz und des Weltgeschehens.“ Eintritt 50 Pf.

Literarisches.

Sozialistische Auslandspolitik. (Herausgegeben von Dr. Rud. Breitscheid, unter ständiger Mitwirkung von E. Bernstein, H. Bloch, H. Haase, R. Kautsky, H. Ströbel, u. a. Erscheint wöchentlich einmal.)

Die Joeben in doppeltem Umfang erschienene Nr. 41 enthält u. a.: Ein geschichtlicher Umschwung. Von Hans Bloch. — Ernste Stunden. Von Rud. Breitscheid. — Das Ministerium der Liquidierung des Krieges. — Die veränderte Weltlage. Von A. Stein. — Was will Wilson? (Schluß). Von R. Kautsky. — Die proletarische Jugendbewegung und ihre Aufgaben. —

Die Sozialistische Auslandspolitik kann direkt vom Verlag (Berlin W. 15, Fasanenstr. 58) wie auch durch die Parteibuchhandlungen, die Organisationen und durch die Post bezogen werden. (Postzeitungsliste Nachtrag Nr. 8.) Preis für Deutschland und Oesterreich-Ungarn vierteljährlich vier Mark, für das übrige Ausland fünf Mark.

Quittung.

Im Laufe des Monats September gingen bei dem Unterzeichneten für die **Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands** folgende Beträge ein:
Von 5 Genossen für Juni, Juli, August 1050 Mk. —
Dritter Berliner Wahlkreis für 1. Vierteljahr 82,84 Mk. —
Für die Agitation der U. S. D. 250 Mk. — Für München 50 Mk. — S. Rathenow 20 Mk. — Durch Fleißner für Bonn 86 Mk. — Bezirk Niederrhein 871,18 Mk. — S. J. Wismar 5 Mk. — Durch S. 22,50 Mk. — Durch Henke auf Listen 52,75 Mk. — Durch Baier für internationale Korrespondenz 5 Mk. — Durch Laufant aus Marktredwitz 18 Mk. — Durch H. Stuttgart 240,22 Mk. — Durch W. Liegnitz 10 Mk. — Durch S. im Felde 5 Mk. — Spandau-Osthavelland für 4. Vierteljahr 1917/18 und 1. Vierteljahr 1918/19 187,98 Mk. — R. Jena 19,50 Mk. — Durch N. Osterwald 8,40 Mk.

Zu Unterstützungszwecken gingen im Laufe des Monats September bei dem Unterzeichneten ein:
Für die Opfer der Justiz 200 Mk. — G. Meerane 6,10 Mk. — Durch Fleißner auf Listen 1890,72 Mk. — Durch Henke auf Listen 142,45 Mk. — Durch Baier-Mürnberg 5 Mk. — Durch denselben 2 Mk. — Durch G. Oslebshausen 5 Mk. — Durch B. Krefeld 68,50 Mk.

Ernst Baumig,

Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 21, 2. Hof 3 Tr.
(Postfachkonto Nr. 32257.)

Für die Wahl im 1. Kreise durch Wist 5 Mk.
Für den Pressefonds: L. S. 3 Mk. F. Grau 5 Mk. H. W. 10 Mk.

Für Parteiverwe: Klein, Grünau 4,40 Mk.
6. Wahlkreis. Ueberschuß vom Mitteilungsblatt der 18. Abt. für den Monat August zum Pressefonds 10,05 Mk., ein Lichtblinter für den Pressefonds 20 Mk. Summa 30,05 Mk.

Erster Kreis.

Dienstag, den 22. Oktober 1918:

Extra-Zahlabend.

Das Erscheinen aller Genossen ist notwendig.
Der Vorstand.

Turnverein „Fichte“ (Mitgl. des K.L.B.)

12. Männer- und Lehrlings-Abteilung.

15. Stiftungsfest

am Sonntag, den 20. Oktober 1918, im Festsaal des Böhmisches Brauhauses, Landsberger Allee.

Konzert, turnerische Aufführungen.
Gemütliches Beisammensein.

Anfang 4 Uhr. Beitrag 1 Mark.

Turnzeiten der Schüler und Schülerinnen Montag und Donnerstag 1/7—1/9 Uhr; der Männer und Lehrlinge Montag und Donnerstag 1/9—10 Uhr. Turnhalle Rastanien-Allee 82—83.

Männer- und Frauen-Chor Weißensee

(Mitgl. d. D. U. S. D.) Chormeister: Herr Otto Kowalski.

Sonntag, den 19. Oktober 1918, in der Böhmer-Brauerei, Preussener Allee 242:

Vokal- u. Instrumental-Konzert.

Konzert von Mitgliedern des Sinfonie-Orchesters. Kapellmeister: Herr Maximilian Fischer.

Männer-Chöre. Frauen-Chöre.

Anfang 7 1/2 Uhr. Eintritt 1 Mark.
Der Vorstand.

Zweiter Wahlkreis. (U. S. D.)

Dienstag, den 22. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in Jühlke's Festsälen, Dönnowstraße 13.

Tagesordnung:

1. Unsere politische Lage. Redner: Reichstags-abgeordneter G. Wurm. 2. Diskussion.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Um zahlreichen Besuch der Genossinnen und Genossen bittet
Der Vorstand.

Verband der Tapezierer.

Filiale Berlin.

Am Donnerstag, den 24. Oktober 1918, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 5:

Quartals-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Quartalsbericht.
2. Diskussion.
3. Bericht über die Verhandlung wegen unserer Lohnforderung.
4. Verbandsangelegenheiten.

Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt!

Die Ortsverwaltung.

Unserem Genossen

Paul Henke nebst Frau,
Liebigstr. 5,

übermitteln zu ihrer Vermählung die besten Glückwünsche.
Berlin-Lichtenberg.

Die Genossinnen und Genossen
des 4. Viertels.

Sozialdemokratischer Wahlverein Treptow-Baumshulenweg.

Unabhängige Sozialdem. Partei.

Dienstag, den 22. Oktober 1918, abends 8 Uhr:

Außerordentliche

Mitglieder-Versammlung

im Lokal „Spreegarten“ in Treptow, Alt-Treptow.

Tagesordnung:

„Das neue Deutschland.“ Referent: Reichstags-abgeordneter Henke. Freie Aussprache.

Gäste, durch Mitglieder eingeführt, sind willkommen.

Um zahlreichen Besuch ersucht

Der Vorstand.

Unserem lieben Parteigenossen, dem Kassierer Karl Eysel nebst Gemahlin zur Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Kassel, den 18. Oktober 1918.

Kreiswahlverein Kassel-Melsungen. U. S. D.
Der Vorstand.

Unserem lieben Parteigenossen Adam Koch nebst Braut die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.

Kreiswahlverein Kassel-Melsungen. U. S. D.
Der Vorstand.

Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme anlässlich des Hinscheidens unseres unergelichen Sohnes sagen wir allen Bekannten und Verwandten sowie dem Wahlverein des 6. Kreises und der freien Jugend Charlottenburg, gleichzeitig Herrn Schütte für die trostreichen Worte unseren herzlichsten Dank.

Familie Heinrich, Waldenserstr. 17.

Sängerchor „Vorwärts“, Süd-Ost.

(Mitgl. d. D. U. S. D.)

Als weiteres Opfer des Krieges starb im Lazarett unser treues Mitglied

Georg Kalmus.

Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Zum 22. Geburtstag 22. 10. 1918

meines innigstgeliebten, unvergesslichen jüngsten Sohnes, meines einzigen Bruders

Bruno Meuschke

Schütze der 2. M.-G.-R. im Inf.-Regt. 401,
gefallen am 24. 7. 18 im Westen.

Schmerzlich vermisst und beweint von Deiner untröstlichen Mutter und Deinem Bruder

Wwe. Minna Detwein,

verw. Meuschke.

Alfred Meuschke als Bruder,

J. J. im Feldlag.

Ruhe sanft, geliebtes Herz,
Dir der Friede, uns der Schmerz.

Kreiswahlverein Niederbarnim.

Bezirk Lichtenberg.

Übermals hat der Krieg ein Opfer aus unseren Reihen gefordert. Nach langem Leiden verstarb an der Lungentuberkulose der Genosse

Willi Jeserich

Lichtenberg, Grünberger Straße 10, 1. Viertel.

Den Genossen zur Nachricht, daß der seit zwei Jahren für vermisst gehaltene Genosse

Paul Brüsch

Seumestr. 20, 1. Viertel, 11. Gruppe,
jetzt für tot erklärt worden ist.

Ehre ihrem Andenken!

Nachruf!

Am 18. Oktober verstarb nach kurzem Krankheitslager unsere Genossin

Elisabeth Schröter

5. Viertel, 72. Gruppe,

im Alter von 46 Jahren.

Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Bezirksleitung
Bezirkwahlverein Lichtenberg.

Generalversammlung der Freien Volksbühne

am Donnerstag, den 24. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Saal 4).

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes.
 2. Bericht der Revisoren.
 3. Diskussion.
 4. Neuwahlen des Vorstandes, Ausschusses, der Revisoren, der Verwaltung und Ordnerschaft.
- Die Mitgliedskarte ist an der Kontrolle vorzuzeigen.
Der Vorstand. In Vert.: G. Winkler.

Am 23. September 1918 verstarb im Lazarett zu Semajtopol, Kaukasus, am Unterleibstypus mein lieber Sohn, unser guter Bruder und Wette, der Russteter

Hermann Gries.

Er folgte seinem Bruder Alwin nach 3 Jahren nach.

Dies zeigt hiermit allen Freunden und Genossen mit der Bitte um stille Teilnahme an.

Familie Herm. Gries

nebst Schwiegertochter Eliese Gries.

Neukölln.

Nachruf!

Als Opfer des Weltkrieges fiel bei den letzten Kämpfen im Westen der Mechaniker

Richard Spieker.

Die Kollegen der Firma Lorenz, Abteilung 11, verlieren in ihm einen lieben, guten Mitarbeiter, einen Mitkämpfer für wirtschaftliche und politische Freiheit. Stets werden sie ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Sie widmen ihm hier einen Gruß.

Nachruf.

4. Wahlkreis.

Am 5. September verstarb unser Genosse, der Maschinenarbeiter

Oskar Rauhe

Schreinerstr. 52, III., Bezirk 863.

Am Mittwoch, den 9. Oktober, verstarb unsere Genossin

Anna Schulz

Wienerstr. 52, Bezirk 197 I.

Am 18. Oktober verstarb unser Genosse, der Buchdrucker

Berthold Reichert

Abteilung 27.

6. Wahlkreis.

Am Sonnabend, den 12. Oktober, verstarb unser langjähriger Genosse, der Schlosser

Albert Stolzenburg

Kolberger Str. 27, 17. Abt., Bez. 800.

Sozialdem. Wahlverein Nieder-Barnim.

Bezirk Stralau.

Am Sonntag, den 13. Oktober, mittags, starb an Lungenentzündung im 41. Lebensjahre unser Genosse

Franz Jahl, Gastwirt.

Alt-Stralau 83.

Ehre ihrem Andenken!

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

6. Wahlkreis.

In den Folgen einer Operation verstarb im Kriegslazarett am 25. Juni 1917 unser Genosse, der 86-jährige Schneidermeister

Otto Plah

Grünthaler Str. 86, 8. Abt., Bez. 811.

Am 4. Oktober fiel durch Kopfschuß unser Genosse, der 85-jährige Goldschmied

Georg Weyer

Hochstr. 13, 17. Abt., Bez. 801a.

Die Beerdigung wird noch bekanntgegeben.
Ehre ihrem Andenken!

Wahlverein Neukölln.

Am 20. August fiel unser Genosse

Wilhelm Wilde

Weißestr. 54, 21. Bezirk,

als Eisenbahnpionier im Westen.
Wir verlieren in ihm ein rühriges Mitglied.
Der Vorstand.

Die Wahl im 1. Wahlkreise.

Stichwahl zwischen Blockbrüdern.

Das ziffermäßige Ergebnis der Reichstagsersatzwahl im 1. Kreise am 15. Oktober ist folgendes:

Kempner (Fortschr. Volkspartei)	2294
Heimann (Regierungssozialist)	1720
Müller (Unabh. Sozialist)	513
Sellert (antif. Angestelltenpartei)	180
Zersplitterte	49

Es muß demnach eine Stichwahl zwischen Kempner und Heimann stattfinden.

Wer die Zusammenfassung des 1. Kreises kennt, den wird das Wahlergebnis nicht weiter verwundern. Zunächst scheint es, als ob die Wahlbeteiligung eine sehr geringe gewesen sei, wenn man bedenkt, daß über 12 000 Wähler in den Wählerlisten standen. Tatsächlich aber stellte sich heraus, daß zahlreiche Wähler gar nicht mehr am Orte sind. Das ist in erster Linie bei der weniger fehhafsten Bevölkerung der Fall. Dazu kommen die vielen Einzelnungen, die vor allem die proletarischen Schichten numerisch am stärksten erfährt. Um nur ein Beispiel zu nennen, stellten unsere Genossen fest, daß in einem Hause in der Fischerstraße von sieben Wählern sechs nicht mehr am Orte waren und der siebente, weil Soldat, nicht wählen konnte. Wo also wenig Proletarier wohnen, können auch wenig Stimmen für den Kandidaten der proletarischen Wähler abgegeben werden.

Wenn also Genosse Müller über 500 Stimmen auf seine Person vereinnahmte, so ist das zwar nicht sehr viel, aber nach Lage der Dinge immerhin eine beachtenswerte Erscheinung, daß selbst im Schloßwahlkreis 600 Leute für uns votierten.

Was die Kandidaturen Kempner und Heimann betrifft, so sind noch am letzten Tage vor der Wahl alle die Blätter für Kempner eingetreten, die vorher für die Dernburgsche Kandidatur sich stark ins Zeug gelegt hatten. Ja, man verüßelte den Regierungssozialisten die Auffstellung einer eignen Kandidatur, wo Fortschrittliche Volkspartei und Regierungssozialisten doch einmütig an einem Strange ziehen.

Der „Vorwärts“ suchte die Kandidatur Heimann den Blockbrüdern dadurch mündgerecht zu machen, daß er schrieb, es sei doch vom Standpunkte der Fortschrittlichen Volkspartei kein Gewinn, Herrn Kempner im Reichstage zu haben. Und deshalb müsse Heimann gewählt werden. Das war der „Voll. Zig.“ doch zu harter Tabak, darum schrieb sie:

„Kein Anhänger der Fortschrittlichen Volkspartei kann das Urteil über den Kandidaten der eignen Partei sich von der mandatsläufigen Konkurrenz vorschreiben lassen. Es ist geradezu ein Unfug, wenn sich der „Vorwärts“ erlaubt, mit der Mäue eines wohlwollenden Gönners zu erklären: Für die Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei wäre die Wahl Kempners, der bisher ganz im privatkapitalistischen Erwerbleben aufgegangen sei und dem öffentlichen Leben ferngestanden habe, kein Gewinn, sondern ein Schaden. Sein Durchfall wäre keine Niederlage des bürgerlich-freihheitlichen Gedankens. Das ist eine Fährpredigt. Wir möchten den Sozialdemokraten sehen, der sich eintreten ließe, es wäre für seine Partei das Beste, wenn man ihr ein Mandat abnehme.“

Für einen politisch geschulten Wähler ist überhaupt die Abstimmung nicht in erster Linie von der Personenfrage abhängig. Er wird seinen Einfluß in dieser Beziehung innerhalb der Partei bei der Auffstellung des Kandidaten zu üben versuchen. Ist diese erfolgt, so wird er sich der Entscheidung der Gesinnungsgenossen fügen und in echt demokratischem Geist Parteidisziplin üben.“

Trotzdem scheint ein Teil Freisinniger Herrn Heimann seine Stimme gegeben zu haben. Arbeiterstimmen fließen wenig in den für Heimann abgegebenen, mehr solche, die die Politik des 4. August bei sozial höherstehenden Schichten den Regierungssozialisten eingebracht hat. Diesen Zuwachs gönnen wir der neuen „Volkspartei“, die auch in ihren Flugblättern sich von den Freisinnigen in keiner Weise unterscheidet. Sehr jämmerlich hat der Kandidat der antimilitarischen Angestelltenpartei abgeschnitten. Noch am Tage vor der Wahl erklärte der Herr Sellert, er trete für einen vollen Sieg nach außen und nach innen ein, das sagte der Mann heute noch und die „Deutsche Tageszeitung“ meinte, daß die Konservativen für Sellert stimmen sollten. In einem Aufsatze hatte die konservative Parteileitung auch zur Wahl Sellerts aufgefordert. Wenn er hiernach ganze 180 Stimmen auf sich vereinnahmte, so ist das allerhand. Der Vorkandidat ist gar nicht in Frage gekommen.

Die einzige Partei, die während dieser Wahl im Sinne des Sozialismus gewirkt hat, ist die Unabhängige sozialdemokratische Partei. Ihr war es nicht um ein Mandat, auch nicht um Stimmenfang zu tun, sondern um die Propaganda sozialistischer Auffassung. Das ist umso notwendiger in einer Zeit, wo eine Gesellschaft, die auf kapitalistischer Grundlage aufgebaut ist, in allen Zügen kracht. Um diese Propaganda war es uns bei der Wahl zu tun, deshalb sind wir nur in die Wahlbewegung eingetreten. Den Zweck haben wir glänzend erreicht. Jede Möglichkeit sozialistischer Aufklärung ist von uns ausgenutzt worden und wie wir hoffen, nicht vergeblich. Unsere Versammlungen waren glänzend besucht, der Geist war ein ausgezeichneter und berechtigt für Lösung der großen dem Proletariat bevorstehenden Aufgaben zu den besten Hoffnungen im Sinne des proletarischen Sozialismus.

Vor der Wahl.

Die Wahlbewegung wird besonders beleuchtet durch zwei Versammlungsausschlüssen, die eine war vom Hauptverband der Fortschrittlichen Volkspartei (Neue Richtung) einberufen nach den Sophiensälen. Hier sprach in der Diskussion der Kandidat der Unabhängigen Partei Genosse Richard Müller. Als er nach einem Bericht des Berliner Tageblatts davon sprach, daß dem militärischen Zusammenbruch auch der wirtschaftliche gefolgt sei, stand der überwachende Beamte auf und sprach die Auflösung aus. Die Anwesenden waren erstaunt ob dieser Maßnahme, gegen die Beschwerde erhoben ist. Ein gleiches unwillkürliches Ende fand eine Versammlung im Moabit Theater am Freitag, in der Genosse Haase die gegenwärtige politische Situation beleuchtete. Die Versammlung war glänzend besucht. Sie bekam ständige Bezug von Versammlungsteilnehmern, die nach den Germaniafälen gegangen waren, um an der nach diesem Lokale einberufenen Frauenversammlung teilzunehmen, die aber nicht die polizeiliche Genehmigung gefunden hatte. In Moabit waren die Räume aber schon überfüllt. Bei einer harmlosen Redewendung Haases sprach der überwachende Polizeihauptmann die Auflösung aus, die einen Protestgrund zur Klaffung der Wahl bieten dürfte.

Der „Vorwärts“ meint im Hinblick auf die aufgelöste freisinnige Versammlung, es sei das zu mißbilligen; man dürfe nicht erwarten, daß in einigen Tagen schon der neue Geist in jedes untergeordnete Polizeiorgan Eingang gehalten haben könnte. Ueber die Moabit Versammlung schweigt der „Vorwärts“ sich ganz aus.

Am Vorabend der Wahl.

Hatten unsere Genossen eine Versammlung nach dem Lehrervereinshaus einberufen. Der Andrang war ungeheuer. Saal und Galerie waren schon frühzeitig gefüllt und immer neue Massen strömten heran. Ritz vor 8 Uhr erklärte die Polizei, daß alles überfüllt sei und es erfolgte Absperrung. Draußen stauete sich die Menge, die keinen Einlaß finden konnte. Drinnen entwickelte Genosse Haase die Grundzüge wirklich sozialdemokratischer Politik, beleuchtete den Charakter der neuen sogenannten Volksregierung und zeigte die Aufgaben des Proletariats zu den jetzigen Westereignissen klar und deutlich auf unter begeisterter Anteilnahme der Zuhörer. Die Versammlung verlief ungestört.

Zu gleicher Stunde hatten die Abhängigen eine Wahlversammlung nach den Sophiensälen einberufen. Außer dem Kandidaten Heimann war auch Herr Scheidemann als Redner angekündigt. Den Wählern waren besondere Einladungszettel als Legitimation zu der Versammlung zugesandt worden.

Ein Trupp von einigen hundert Personen, die im Lehrervereinshaus keinen Eintritt finden konnten, begab sich nach den Sophiensälen. Da ihnen zunächst der Eintritt verweigert wurde, erzwangen sich die neuen Zuhörer den Zutritt. Erst dadurch wurde der Saal drückend voll. Im Saale war neben den Funktionären und Vorstandsmitgliedern der Abhängigen auch bürgerliches Publikum vertreten, das die neue Erzählung Scheidemann hören wollte. Es möge gemeint haben, nimmere etwas über die neue Regierung zu hören; wurde aber stark enttäuscht. Scheidemann verlas eine Reihe allgemeiner Redensarten in denen vom Volke, von Freiheiten des Volkes die Rede war und in der zur Wahl Heimanns zum Abgeordneten aufgefordert wurde. Geben Sie uns diesen Mann in den Reichstag! war die Parole, die er aus-

gab. Der Beifall war sehr mächtig und während die Gesichter der Enttäuschten immer länger wurden, zog Erzählung den Ueberzieher an und verließ ihn. Sein Abzug wurde ironisch begrüßt. Draußen aber vor der Tür erwartete den neuen Staatssekretär schon das Auto, das ihn entführte.

Dann nahm der Kandidat Heimann das Wort, der die Politik des 4. August in allen Tönen befaß, die Haltung der Unabhängigen und die des Freisinnigen kritisch behandelte. Heimanns Darlegungen wurden in der Hauptsache ruhig angehört. Nur als er in der Verhimmelung seiner Partei und in der Kritik unserer Genossen sich des Guten zuviel tat, ertönten wiederholt starke Zwischenrufe. Und als er sich gar den Sport leistete, etwas von Internationalität zu sprechen, wurde der Widerspruch so stark, daß zeitweilig starke Unruhe entstand, die durch Zwischenrufe seiner Anhänger gesteigert wurde. Vor der Versammlung hatte der Leiter derselben unsern Genossen Richard Müller, der nach der Versammlung gegangen war, erklärt, daß es mit Neben nichts würde; sie, die Abhängigen ließen sich mit dem unabhängigen Notwendigen nicht ein. Das veranlaßte bei Eröffnung der Versammlung den Genossen Müller zur Geschäftsordnung eine Willenserklärung der Versammlung herbeizuführen, daß auch Diskussion zugelassen werde, was schließlich vom Vorsitzenden wohl unter dem Druck der Versammlungsteilnehmer zugesagt wurde. Und so kam es, daß nach Heimann Genosse Müller das Wort nahm. Er zeigte die ganze Hohlheit der Politik der Regierungssozialisten an, wies auf die neuesten Erscheinungen im öffentlichen Leben auf Grund der letzten Ereignisse hin. Unter Wiedergabe des Wortlauts der Friedensanträge der Unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage wies er nach, wie diese Anträge das enthielten, was man heute zugestehen müsse, obwohl die Regierungssozialisten gegen diese Anträge gestimmt hätten und sich immer auf ihre sogenannte Friedensresolution verließen, der Michaelis und Bestarp zustimmen konnten, so wie sie dieselbe aufstakten. Seine Rede wurde fortgesetzt von den Abhängigen unterbrochen, die vor ihm und hinter ihm ihn ständig zu stören und irre zu machen versuchten. Vergebliches Bemühen! Und als Müller schloß, zeigte es sich, daß unsere Genossen in der Versammlung in großer Mehrheit waren. Dann nahm Herr Richard Fischer das Wort, mit stürmischen Zurufen: Verräter! Vorwärtsräuber! empfangen. Nach einiger Zeit gelang es ihm, sich verständlich zu machen, aber nur auf kurze Zeit. Dann steigerte sich die Unruhe dermaßen, daß Fischer selber sein eigenes Wort nicht mehr verstehen konnte. Man sah ihn nur noch geflüstern, so daß der Leiter der Versammlung erklärte, es sei unmöglich, die Versammlung ordnungsgemäß zu Ende zu führen. Damit hatte die Vorstellung ihr Ende erreicht.

Im Saale aber gab es noch lebhafteste Auseinandersetzungen, einige Abhängige stürmten paterrot vor Erregung auf Müller ein und bedrohten ihn. Es blieb aber bei starken Worten. Hochrufe auf die Internationale und auf Liebknecht beendeten die Auseinandersetzungen.

Am Dienstag abend fanden zwecks Verfindigung des Wahlergebnisses drei Versammlungen statt und zwar in den „Germaniafälen“, im „Eudauer Hof“ in der Ludauerstraße und in der Adniasbank. Die Versammlungen erfreuten sich eines guten Besuchs. Das Wahlergebnis wurde von den Rednern in entsprechender Weise oetwürdigt.

Diktatur und Proletariat.

I.
Bei den Debatten über „Demokratie und Diktatur“, unter welcher Parole sich die Kritik an den Regierungsmethoden der Bolschewiki zusammenschließen läßt, wird verhältnismäßig wenig die Wirkung der Demokratie oder der Diktatur auf die wirtschaftliche Entwicklung betrachtet. Es ist aber für den Sozialisten von ausschlaggebender Bedeutung, welche Wirkungen hat die Demokratie oder die Diktatur einer proletarischen Partei auf die Entwicklung zum Sozialismus? Verknüpft hiermit ist natürlich die Frage, ist in dem betrachteten Lande überhaupt der Sozialismus schon technisch, wirtschaftlich und psychologisch möglich? Jene Frage nach dem Reifegrad der Verhältnisse und der Arbeiterklasse im besondern soll hier aber nur geübert werden, während die allgemeinen Wirkungen demokratischer oder diktatorischer Regierung auf die Entwicklung der Wirtschaft einmal etwas eingehender betrachtet seien im Anschluß an die neue sehr lesenswerte Broschüre von K. Kautsky: Die Diktatur des Proletariats. Dem Gedankengang dieser Schrift wird hier nicht als slavisch gefolgt, obwohl der Verfasser sich in allen wesentlichen Punkten mit Kautsky einverstanden erklärt. Es kann auch nicht der Inhalt des Buchleins hier nur angedeutet werden, sondern eine

wichtige Gedankenfolge sei hier erörtert, wobei immer beachtet werden muß, daß noch zahlreiche andere Fragestellungen und Tatsachenreihen bei der Hauptfrage Diktatur oder Demokratie zu prüfen und zu betrachten sind.

Die sozialdemokratische beeinflusste Arbeiterklasse war stets die Verfechterin der Demokratie, weil sie in dieser ihre wirtschaftlichen Interessen am wirksamsten vertreten kann, selbst als Minderheit. Denn die Demokratie ermöglicht das Wachstum der Minderheit zur Mehrheit. Sie bedingt bei den wechselnden Machtverhältnissen der Klassen und Parteien einen Schutz der Minderheiten, da jede Mehrheit mit der Verwandlung in eine Minderheit rechnen muß. Die Demokratie mobilisiert die Massen und wird das wichtigste Mittel zur politischen Schulung der unteren Massen, deren politische Masse nicht zuletzt die große Zahl ist. Die Demokratie muß aber auf die politische Ueberzeugung jedes Einzelnen Rücksicht nehmen.

Ein bestimmtes, wenn auch oft sehr beschränktes Maß von Demokratie ist für die Herrschaft der modernen Industrie unerlässlich. Es wird zumeist im Kampf gegen den aufgeklärten Absolutismus und den Feudalismus erstritten. Die verschiedensten Abstufungen sind natürlich dabei möglich. Der Grad der erreichten bürgerlichen Demokratie beeinflusst aber weitgehend die industrielle und allgemeine kapitalistische Entwicklung. Je einfacher und gesicherter die Demokratie in einem Staate ist, je fester sie im Bewußtsein des Kleinbürgertums und der Arbeiterschaft verankert ist, desto stärker können die Interessen der Arbeiterklasse an der Gestaltung der Arbeitsbedingungen im weitesten Sinne des Wortes sich durchsetzen. Unter sonst gleichen Umständen wird in dem demokratischeren Lande jedes sozialpolitische Gesetz, jede handelspolitische Maßnahme und so weiter zweckmäßiger und für die Arbeiterschaft günstiger ausfallen wie in dem weniger demokratischen Staate, da im Kampf um jedes Gesetz, in der Erörterung im Parlament und Presse jede Interessengruppe ihren Standpunkt scharf formulieren, begründen und verteidigen muß. Hierbei kann die Arbeiterschaft ihre Klasseninteressen den Proletariern zum Bewußtsein bringen, benachteiligte Schichten aufdecken, zu ähnlichen Forderungen veranlassen und so auf die herrschenden Klassen einen Druck ausüben und dadurch von den politischen Machthabern Konzessionen erkämpfen.

Das gilt vor allem in der Zeit des Frühkapitalismus im Kampf um die Sozialpolitik. Es ist kein Zufall, daß gerade in England in der Mitte des vorigen Jahrhunderts unter dem Druck der proletarischen-revolutionären demokratischen Bewegung des Charismus die ersten großen sozialpolitischen Gesetze erlassen wurden, während z. B. im heutigen Japan bei verhältnismäßig hochentwickelter industrieller Technik aber fast feudalistischer Staatsverfassung nur sehr spärliche Anläufe zu sozialen Reformen vorhanden sind.

Beeinflusst derart die Demokratie den besonderen Charakter jedes „nationalen“ Kapitalismus, so ist sie von noch größerer Bedeutung für die internationalen Interessen der Arbeiterklasse, für die allgemeine Entwicklung zum Sozialismus. Je höher die Entwicklung der modernen Technik, je größer der Anteil der industriell-kapitalistisch erzeugten Güter eines Landes und der Welt an der Gesamtproduktion, desto massenhafter wird das Proletariat. Dem zahlenmäßigen Ueberwiegen mit Einschluß der beschäftigten Frauen und Jugendlichen macht den Ausbau der Erbsen- und Teildemokratie zur wirklichen Mehrheitsherrschaft, zum politischen Ziel der sozialistischen Arbeiter. Nur auf diesem Wege kann die Kraft und wirtschaftliche Bedeutung der Arbeiterklasse voll politisch nutzbar gemacht werden, nur durch demokratische Mobilisierung der Massen ist jene bewusste Einwirkung auf die bisher fast mechanisch verlaufene Entwicklung des Kapitalismus denkbar, die den Uebergang zum Sozialismus vorbereiten kann.

In welchen politischen Formen diese Entwicklung verläuft und wie rasch ihr Tempo ist, hängt zum größten Teil vom Widerstand der herrschenden Klassen ab, die sich naturgemäß dem radikalen Ausbau der Demokratie entgegenstellen und dadurch die politische Revolution oft zum unüberwindlichen Durchgangsstadium der sozialen Revolution machen. Das Ziel dieser politischen Revolution des Proletariats muß aber nach bisher herrschender Auffassung die Herstellung weitgehender proletarischer Demokratie sein. Diese Demokratie wird dann gemäß den wirtschaftlichen Interessen der die Mehrheit bildenden Arbeiter und halbproletarischen Schichten jene gewaltigen Umwandlungen durchführen, die den Charakter unserer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verfassung grundlegend verändern müssen. Dies der normale Gang der Entwicklung. In Rußland ist nun eine ganz außergewöhnliche Lage geschaffen worden. Durch das Zusammenstoßen von Krieg und Revolution ist es einer Fraktion des russischen Sozialismus gelungen, sich der Staatsgewalt zu bemächtigen, gestützt auf die Arbeiterschaft, die allgemeine Kriegsmüdigkeit, des im Seere organisierten Bauernums und die dahintergebliebenen landwirtschaftlichen Bauern des russischen Dorfes.

Die Bolschewiki versuchen nun, durch die Diktatur des Proletariats den Sozialismus in Rußland einzuführen; mit „Sojuzet-Reichden“ den Uebergang vom Kapitalismus zum Sozialismus zu beschleunigen und wichtige Stufen der industriellen Entwicklung zu überspringen, gestützt auf die technische Entwicklung Westeuropas und die diktatorische Macht des Proletariats. Die politische Notwendigkeit dieser Diktatur begründet Lenin in seiner Rede über den Wiederaufbau des sozialistischen Rußlands wie folgt:

Nur zwei Gründe und in zwei verschiedenen Richtungen ist die Diktatur beim Uebergang vom Kapitalismus zum Sozialismus notwendig. Der Sieg des Proletariats ist zunächst unmöglich, ohne die rücksichtslose Unterdrückung der herrschenden Klassen, die auf ihre Vorrechte nicht verzichten wollen, und die auf eine lange Zeit hinaus alle Hebel in Bewegung setzen werden, um die verhasste Proletariatsregierung

zu stürzen. Auf der andern Seite ist keine große Revolution, vor allem keine sozialistische, möglich, ohne Bürgerkrieg, selbst wenn nur andauernden Wägen Frieden herrscht. Unter solchen Umständen ist es natürlich, daß zahlreiche Elemente, die zum größten Teil ihren Anschlag im Kleinbürgertum finden, es nicht unterlassen können, sich in ihrem wahren Lichte zu zeigen: durch zunehmende Mühsamkeit, Jobbertum, Verrücktheit und ähnliches. Um mit all dem fertig zu werden, bedarf es einer gewissen Zeit und einer Eisenhand.

In allen großen Revolutionen hat das Volk die Notwendigkeit hierfür eingesehen und ist gegen alle Tücke rücksichtslos verfahren, indem es sie auf dem Hock erschoss. Das Scheitern früherer Revolutionen kam daher, daß zur Durchführung dieser Maßregeln die nötige Begeisterung fehlte, die allein die Kraft und Ausdauer zu rücksichtsloser Handlung gibt.

Daß die Begeisterung der Massen nicht genügend lange hielt, erklärt sich aus der verhältnismäßig geringen Teilnahme des Proletariats. Denn das Proletariat, wenn es zahlreich, diszipliniert und klassenbewußt dasteht, ist allein imstande, die Mehrheit der Arbeitenden und Ausgezogenen an sich zu ziehen und die Macht lange genug zu behalten, um alle Auswüchse und alle Elemente der Auflösung zu unterdrücken.

Dies ist die geschichtliche Erfahrung, die Marx in der kurzen, doch berechneten Formel zusammenfaßt: Diktatur des Proletariats.

Gemäß diesem Programm sind nach der neuen Verfassung der Sowjetrepublik die Kapitalisten als politisch rechtlos erklärt und die eigentliche politische Macht ist in den Händen der Bolschewiki konzentriert, da die Abgeordneten anderer proletarischer und kleinbürgerlicher Parteien planmäßig aus den Arbeiterkategorien ausgeschlossen werden. Es ist nun die Frage, wie hat diese Diktatur, nicht des Proletariats als Klasse, sondern einer bestimmten proletarischen Partei, die aber, im Laufe der Revolution, ihren Charakter durch Zutreten großer Bauernmassen änderte, auf die wirtschaftliche Entwicklung Rußlands eingewirkt. Ist es ihr gelungen, die Entwicklung zum Sozialismus zu beschleunigen? Oder teilt sie das Schicksal der sogenannten Sprechensherrschin der französischen Revolution, der Diktatur des Kleinbürgertums? Die Jakobiner wollten das Spekulationskapital ausrotten, bereiteten aber, durch die Vernichtung aller feudalen Einrichtungen nur den Boden vor, für eine kuppige Entwicklung des Kapitalismus. Sollte es den Bolschewiki ähnlich gehen? Die Verantwortung dieser Frage ist eine sehr schwierige aus zwei Gründen: Der Zarismus hinterließ eine völlig zerrüttete Volkswirtschaft und ein desorganisiertes Staatswesen; der Krieg befaßte die Revolution mit einer Unzahl von Ausgaben, die ihrem Wesen nicht entsprechen, und endlich bringt die Ablösung wirtschaftlich wichtiger Teile des alten Rußland die Volkswirtschaft des Sowjetreiches in eine äußerst schwierige Lage. Zweitens fehlen uns eingehende Nachrichten über die Wirkungen der Erlasse der Bolschewiki-Regierung, da deren Klasse Diktatur die kritischen Stimmen der anderen sozialistischen Parteien und bürgerlicher Gelehrter nicht zu uns gelangen läßt. Trotzdem lassen sich allgemeine Ergebnisse der wirtschaftlichen Experimente schon heute feststellen, besonders läßt sich erkennen, ob es den Bolschewiki gelungen ist, wirklich die Richtung der wirtschaftlichen Entwicklung zu ändern, oder ob sie die ökonomischen Gesetze, deren Warten wir in allen Ländern beim Uebergang vom Feudalismus zum Kapitalismus beobachten, auch in Rußland durchsetzen. Betrachten wir zunächst die Agrarfrage, dieses Kernproblem der russischen Wirtschaft. Die Großgrundbesitzer sind enteignet und die Bauern haben sich das Land angeeignet. Allerdings ging dieser Prozeß unregelmäßig vor sich und wurde nicht endgültig gesetzlich geordnet durch ein zentrales Parlament, so daß große Ungleichheiten in der Landverteilung vorhanden sein dürften. Das verfügbare Land genügt aber nicht, um hinreichend große Einzelwirtschaften zu schaffen, die als Grundlage einer sozialistischen Landwirtschaft dienen könnten, denn diese kann nur auf technischer hochentwickelter Großbetrieben aufgebaut werden, die freie Genossenschaften von Landarbeitern bewirtschaften. Die Schaffung solcher Betriebe muß aber in Rußland an dem Eigentumsverhältnis aller Schichten der Bauernschaft scheitern, wogegen die bolschewistische Diktatur nicht auskommen kann. Lenin mußte vielmehr dem Landbauern und den besonderen Eigentumsinteressen der ärmeren und selbst der Mittelbauern Konzessionen machen. Auch in Rußland geht die Entwicklung zunächst zur Schaffung zahlreicher dauerlicher Zwerg- und Mittelwirtschaften zur Festigung eines bürgerlichen Privateigentums an Grund und Boden. Da kann von einer sozialistischen Landwirtschaft keine Rede sein, sondern der neue Zustand bildet die Grundlage der wahren Produktion und diese muß sich in kapitalistischen Formen entwickeln. Selbst das „arme Bauerntum“, von dem die Bolschewiki so viel reden, wollte „Land und Freiheit“. Sobald es das Land erhalten hat, erlischt sein Interesse an dem Bündnis mit den Arbeitern, es verlangt dann die Freiheit des Marktes, den Verkauf seiner Getreideüberschüsse zu hohen Preisen und eine Regelung, die nicht zu sehr die Bauernschaft mit Steuern belastet. Damit gerät das Bauerntum in steigenden Gegensatz zur Arbeiterschaft der Städte. Und dieser Gegensatz zwischen den konservativ gewordenen Bauern und der Arbeiterschaft der Industrie wird sich in Rußland voranschreitend besonders verschärfen.

Der Bauer hat ein Interesse an hohen Getreidepreisen und an billigen Preisen der Industrieerzeugnisse, besonders an billigen Erzeugnissen der Maschinen- und chemischen Industrie (Landwirtschaftl. Maschinen, Düngemittel usw.). Vor allem, der russische Bauer kann nur durch technische Vervollkommnung dieser sehr rüchständigen Betriebe die Ueberbrücke seiner Wirtschaft erheben. Niedrige Preise der industriellen Produkte bedingen aber niedrige Löhne der Arbeiter-

schaft. Dazu kommt, daß Rußland, falls die losgetrennten Teile staatlich selbstständig bleiben, aufhört, ein großes Getreideexportland zu sein und die Bauern ihre Erzeugnisse nur auf dem inneren Markt absetzen werden. Die Verhältnisse liegen bei der allgemeinen Zerrüttung der Wirtschaft sehr ungünstig, infolge der eigenartigen Gestaltung der russischen Industrie. Diese Industrie, teilweise hochentwickelt, auf wenige Großbetriebe beschränkt, ist zwar den bolschewistischen nationalisiert, doch hat die „Arbeiterkontrolle“ vielfach selbst nach Zeugnissen der Kommunisten ihre Leistungsfähigkeit sehr herabgedrückt, und die neuesten Dekrete der Bolschewiki-Vergewaltigung zeigen, daß auch hier die Befehle der wirtschaftlichen Entwicklung härter waren, als die lächerliche Phantasie der Diktatoren. Man gab viele Industrien den kapitalistischen Sozialisten in Erbpacht, wobei ein bedeutender Einfluß des Staates auf die Industrie allerdings bleibt. Es ist daher auf jeden Fall mit einem starken Staatskapitalismus zu rechnen, wenn die Volkswirtschaft nicht am Ruher bleiben. Dieses Ueberwiegen der Staatsindustrie verschärft nun den Gegensatz zwischen Bauerntum und Arbeiterschaft. Die Gewinne der Staatsfabriken sind nicht gleichgültig für den Bauer, denn je höher der Profit der nationalisierten Industrie, desto geringer die Steuerlast, die im agrarischen Rußland in erster Linie die Bauernschaft zu tragen hat. Der Widerspruch von niedrigen Preisen der Industrieerzeugnisse und hohen Profiten der Staatsindustrie ist aber nur durch wachsende Ausbeutung der Arbeiterschaft zu lösen, das bedeutet selbst bei hoher technischer Entwicklung und gesteigerter Ertragsfähigkeit der Arbeit, niedrige Löhne, lange Arbeitszeit, geringer Arbeiterlohn usw., das sind die ökonomischen Auslöcher der russischen Arbeiterschaft, bei der Weiterentwicklung des Kapitalismus. Die Verhältnisse sind völlig verschieden von denen Westeuropas, was nur zu oft übersehen wird. Treffend bemerkt Kautsky:

Im Deutschen Reich betrug die Landbevölkerung 1871 noch 26,2 von 40 Millionen, 64 Prozent der Gesamtbevölkerung. 1910 nur noch 25,8 von 65 Millionen, 40 Prozent. Die landwirtschaftliche Bevölkerung ist noch geringer als die Landbevölkerung. Sie machte bei der ersten Volkszählung 1882 nur noch 19,2 von 45,2 Millionen aus, 42,5 Proz. der Gesamtbevölkerung, 1907 nur noch 17,7 von 61,7 Millionen, 28,7 Proz. Von diesen 17,7 Millionen gehörten zu den Selbständigen nur 11,6 Millionen, zu den Lohnarbeitern 5,6 Millionen, der Rest zu den Tagelöhnen. Die bäuerliche Bevölkerung beträgt nur ein Sechstel der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches. Die proletarische machte dagegen mit rund 34 Millionen schon 1907 mehr als die Hälfte der Bevölkerung aus. Sie ist seitdem sicher schon stark gewachsen, wird nicht mehr weit davon entfernt sein, zwei Drittel der Bevölkerung auszumachen.

Ganz anderer Art sind die Verhältnisse in Rußland. Wir haben schon gezeigt, wie ungeheuer dort das Uebergewicht der Bauernschaft ist. Daß sie mit dem Proletariat zusammenschlingt, ermöglichte den Sieg der Revolution, bezweckt aber auch den bürgerlichen Charakter dieser Revolution. Je mehr sie sich als solche vollendet und befestigt, das heißt, je sicherer das neu erworbene bäuerliche Privateigentum wird, desto mehr wird der Boden bereitet, auf der einen Seite für eine kapitalistische Wirtschaft und auf der andern Seite für einen wachsenden Gegensatz zwischen Bauern und Proletariern. Die ökonomischen Tendenzen die in dieser Richtung wirken, sind in dem Stadium des heutigen Rußland übermächtig und selbst die gewalttätige Diktatur vermag sie nicht zu brechen. Sie wird sie vielmehr als Diktatur der Bauern noch fördern.

(Anmerkung der Redaktion: Unsere Auffassung über den behandelten Gegenstand deckt sich mit der vorstehenden Abhandlung nicht. Wir bringen sie aber, um auch eine andere Meinung zum Vortritt kommen zu lassen. Unsere bisherige Stellungnahme findet vielmehr ihre erneute Bestätigung in einem Artikel der Genossin Jettin, den wir hier folgen lassen.)

Durch Diktatur zur Demokratie.

Von Klara Jettin.

Genosse Kautsky hat in Nr. 34 der „Sozialistischen Monatshefte“ einen Artikel veröffentlicht: Demokratie oder Diktatur. Der Artikel wendet sich gegen die Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft, wie sie in Rußland die Folge der bolschewistischen Eroberung der Staatsgewalt ist; er wendet sich gegen die Sozialisten, nach deren Ueberzeugung diese Diktatur in den gegebenen Umständen ihre geschichtliche Rechtfertigung hat. Karl Kautsky's Auffassung deckt sich in ihrem Kern mit derjenigen, die der menschewistische Genosse Martoff früher an der gleichen Stelle in der Abhandlung entwickelt hat: Marx und das Problem der Diktatur des Proletariats. Ich stelle Genossen Kautsky's Ausführungen zur Streitfrage des Folgenden entgegen:

Die starke Faust ist ein Kennzeichen der bolschewistischen Aktion. Das ist nicht ideal, aber unvermeidlich, ja notwendig. Es verstoßt gegen die Gebote der Demokratie, dient aber den Interessen der Demokratie. Soll Demokratie für alle in Rußland kraftstrotzende sozialistische Wirklichkeit werden, so können die Bolschewiki sich nicht dem Zwang entziehen, im Kampfe für dieses Ziel vorübergehend die Rechte einzelner Personen und einzelner gesellschaftlicher Gruppen opfern zu müssen. So will es die Dialektik des Lebens, der Geschichte. Die Demokratie ist zweischlächtigen Wesens, sie ist Mittel und Weg, aber auch Ziel der geschichtlichen Entwicklung zugleich. Als Ziel der geschichtlichen Entwicklung kann sie in Widerspruch zu sich selbst als Mittel geschichtlicher Entwicklung geraten. Die Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft in Rußland trägt die Male solchen Widerspruchs. Verletzung und Hinopferung der demokratischen Grundzüge, wofür man nicht, seitdem die Bolschewiki die Staatsmacht erobert haben, so läsen anklagende Stimmen aus Rußland, so tabeln unsere Kritiker des „Bolschewismus“. Durchbrechung

der Bauer hat ein Interesse an hohen Getreidepreisen und an billigen Preisen der Industrieerzeugnisse, besonders an billigen Erzeugnissen der Maschinen- und chemischen Industrie (Landwirtschaftl. Maschinen, Düngemittel usw.). Vor allem, der russische Bauer kann nur durch technische Vervollkommnung dieser sehr rüchständigen Betriebe die Ueberbrücke seiner Wirtschaft erheben. Niedrige Preise der industriellen Produkte bedingen aber niedrige Löhne der Arbeiter-

der Demokratie, von der Auflösung der Konstituante bis zu den Entschlüssen in der Sowjetverfassung und der Erklärung des Massenterrors. Gewiß, aber konnte ohne solche Durchbrechung die Revolution erhalten, konnte sie weitergeführt werden, den Blick unverändert auf das Ziel des Sozialismus gerichtet, der allein Demokratie für alle verbürgt? Das ist die entscheidende Frage, und sie wird meines Dafürhaltens durch die Umstände verneint, unter denen die Revolution in Rußland sich vollzieht.

Die Auflösung der Konstituante erfolgte meiner Meinung nach nicht einmal unter Umständen, die die Demokratie als Mittel preisgegeben haben, sondern umgekehrt besser wirksam werden ließen. Gewiß, die Konstituante war auf Grund eines demokratischen Wahlrechts gewählt worden. Ihre Wahl war jedoch erfolgt, ehe die bürgerlichen Losungen, die bürgerlich-sozialistischen Kompromißprogramme ihre Anziehungskraft auf die kriegsmüden Massen des arbeitenden Volkes verloren und sich abgewirkt hatten. Sie lag vor der entscheidenden geschichtlichen Stunde, in der die Novemberrevolution und die Zustimmung der organisierten Arbeiter, Bauern und Soldaten zur Sowjetregierung von den Programmen der ersten beiden Revolutionsperioden und der sie tragenden Parteien erklärt hatten: „Gewogen und zu leicht befunden“. Davon zu schweigen, daß während dieser Perioden die wirtschaftliche und soziale Macht der bestehenden Klassen nicht so weit gebrochen oder wenigstens gefesselt war, daß sie ohne jeglichen Einfluß auf den Wahlausfall gewesen wäre. Die Konstituante konnte nicht mehr Anspruch darauf erheben, als unverfälschte Vertreterin der Meinung, des Willens des arbeitenden Volkes zu gelten. Soweit man in Rußland von einem Volkswillen sprechen konnte, war er unzweifelhaft in den Entschlüssen der Sowjets verkörpert. Sollte die provisorische Sowjetregierung ihre wirkliche Macht vor einem Trugschild der Demokratie abdanken, sich von der Konstituante fortziehen lassen, wie Haase gefordert, von dem die aus dem Bad beimgelehrte Herrschaft findet, daß es ihr über den Kopf gewachsen ist? Sollte sie das Schicksal, das Wert der Revolution bürgerlichen Händen anvertrauen, die danach liebten, dieser ungehörigen, eigenwilligen Person Ketten anzulegen, ja sie zu erzwungen sozialistischen und sozialrevolutionären Händen, die sich als zu schwach erwiesen, die Revolution zu schänden? Es wäre ein Verbrechen gewesen, gepaart mit Mord.

Dazu noch eine Erwägung. Die Revolution war nicht bei dem Maß, bei dem Ziel einer bürgerlichen Revolution stehengeblieben. Sie war darüber hinausgewachsen und enthielt die Keime einer proletarischen Revolution, die auf die sozialistische Neuordnung der Gesellschaft abzielt. Durften die Bolschewiki mit dem Parlamentarismus eine Einrichtung übernehmen, deren beschränkter Wert — bei aller Bedeutung — für den proletarischen Emanzipationskampf schon in Zeiten der ruhigen Evolution greifbar vor Augen tritt, eine Einrichtung, die für die Bedürfnisse der bürgerlichen Ordnung zugeschnitten, vor den Aufgaben der Umwälzung dieser Ordnung versagen muß? Gewiß, das Parlament hat sich des Parlamentarismus bis an die äußerste Grenze der Nutzbarkeit zu bedienen. Allein auch er gehört zu den Staatseinrichtungen, die ein reiches Proletariat nicht einfach übernehmen und seinen eigenen Zwecken unterwerfen kann. Der neue, revolutionäre Wein, den es keltert, läßt sich nicht in alte Schläuche füllen. Auch so beirachtet, rechtfertigt es sich, daß der „Bolschewismus“ die Konstituante durch die Sowjets, das Wüten einer beschleunigten, gelegentlichen Körperkassette durch die Aktion von Organisationen ersetzt hat, die auf breiter demokratischer Basis beruhend, gelebend, verfallend und ausführend zugleich sind.

Unbekritten, daß die von der Sowjetverfassung geschaffene Demokratie unvollständig, daß sie durchbrochen ist mit den Bestimmungen, die größere Gruppen Personen vom Wahlrecht ausschließen. Allein verzieht man, daß die Entschlüssen den Charakter eines Proletariats tragen, daß sie gleichsam ein Notgesetz sind, das nur für die Zeit Geltung haben soll, in der die Diktatur des Proletariats und Bauern besteht und bestehen muß? Die Verfassung läßt darüber keinen Zweifel. Die Auflösung des alten Rußland, das Wachen des neuen ist noch nicht so weit vorgeschritten, daß die Sowjetregierung mit einem einzigen gewaltigen Griff, mit einem riesigen Federstrich das Privateigentum an den Produktionsmitteln abschaffen könnte. Die Stunde für die Expropriation aller Expropriateure hat in Rußland noch nicht geschlagen. Noch eignet Minderheiten wirtschaftliche und soziale Macht, die sie gegen die ungeheure Mehrheit des arbeitenden Volkes brauchen und mißbrauchen können. Soll ihnen zu dieser Macht auch noch das politische Recht werden, ihre eigenwilligen Ziele gegen die Interessen der Allgemeinheit durchzusetzen? Man klammerte sich für die Beantwortung dieser Frage nicht an Worte, nicht an die Form, daß die Massen Recht und Macht haben, das unsoziale Sinnen und Trachten der bestehenden Minderheiten zu durchkreuzen. In der Wirklichkeit werden sich die Dinge anders lesen, solange nicht wirtschaftliche Freiheit und Gleichheit das ganze Volk zu geistiger Freiheit und Reife geführt haben. Wie würde man über den Heerführer lachen, der der feindlichen Armee Kanonen, Munition schickte, den Bolschewiki aber rechnete man es als Todesurteil an, daß sie reaktionäre Minderheiten nicht gegen die Revolution demagogieren wollten. Und das ausgerechnet in der Zeit, wo Revolution und Konterrevolution auf Tod und Leben miteinander ringen, und die Konterrevolution nicht nur von allen reaktionären Kräften Rußlands getragen wird, sondern wo die Truppen, das Geld, der Einfluß der Entente-Regierungen mit ihr im Bunde sind.

Auflösung der Konstituante und Ausnahmerechte für Minderheiten, gewalttätige Maßnahmen wider Gegner sind wie die Erklärung des Massenterrors bittere Früchte der Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft. Sie sind zu betrachten als Maßregeln der Kriegsnötwendigkeit. *La guerre, comme a la guerre.* Im Kriege gilt Kriegsgebrauch. Und die das revolutionäre Rußland führenden Bolschewiki stehen in einem Kriege von unvergleichlicher Tragweite. Hier versagen die mora-

lischen, die politischen Maßstäbe des Alltags, hier tauchen die Einzelmaßnahmen und Einzelerklärungen in der Gewalttätigkeit, Kriegerhaftigkeit des Ganzen unter. Dieses Ganze ist in seiner überragenden geschichtlichen Bedeutung anzunehmen oder zu verwerfen. Wer das Ziel will, darf vor dem Weg zum Ziel nicht zurückweichen. Eine proletarische, auf den Sozialismus gerichtete Revolution kann sich ohne Diktatur nicht durchziehen, unter den in Rußland gegebenen geschichtlichen Bedingungen erst recht nicht.

Eine Erinnerung.

Ein Parteigenosse schreibt uns:

An einem Herbstsonnige des Jahres 1912 war Paris in ungewöhnlicher Bewegung. Durch die nach Osten und Nordosten führenden Boulevards und Boulogne zog ein Armeekorps in dichten Scharen, meist gekleidet mit der roten Blume, dem Symbol des Klassenbewußten Proletariats. Die Jügel der „Metro“ waren im wahren Sinne des Wortes vollgepfropft mit Menschen; auf jeder Station standen Tausende, welche nach mitfahren wollten. Je mehr man sich der Porte St. Gervais näherte, desto größer wurde das Gedränge auf den Straßen und auf den Stationen. Dieser ungeheure Menschenstrom drängte sich durch die stillen Tore nach Boulevard St. Gervais und sammelte sich auf dem weiten freien Felde zwischen diesem Arbeiterort und den Wäldern von Paris, auf der sogenannten Butte St. Gervais.

Ungezählte Tausende waren zusammengekömmt, brandeten um die vielen Rednertribünen, welche hier errichtet waren, lagerten sich in Gruppen, pflanzten ihre roten Standarten an den Tribünen auf und warteten mehr oder weniger ungeduldig, daß die merkwürdige Feier beginne, welche man hier vorhatte.

Was hatte diese ungeheure Menschenmenge hierher geführt? Wofür versammelte man diese grandiose Demonstration? — Es handelte sich um eine internationale Friedenskundgebung! Ähnliche Veranstaltungen fanden zu gleicher Zeit im Dezember von Paris, in London, in Rom, in Wien, in allen größeren Orten Europas statt. In Paris hatte man besonders bekannte Wortkämpfer des Friedensgedankens aufgeboten, um die Menge für die große Idee zu begeistern: in Paris sprach daher auch der unterschiedene Friedenskämpfer Philipp Scheidemann.

Ich war immer ein Verehrter Scheidemanns gewesen. Seine Reden schienen mir Kraft und Mut zu enthalten; trotz seiner „gehobenen Lebensstellung“ schien er mir „ein Sohn des Volkes“ sein und bleiben zu wollen. Scheidemann sprach eine Rede, die mit ihrem starken Pathos, mit ihrer beherrschenden Schärfe einen Eindruck auf alle Zuhörer machte. Er sprach deutsch, und die vielen Deutschen, welche die Tribünen umstanden, spendeten dankbaren Beifall. Dann wurden die Worte unseres Genossen von einem Italiener oder Spanier ganz vorzüglich ins Französische übersetzt. Nun waren auch die Franzosen begeistert!

Wie sprach er aber auch, der große Volkstribun! Wie riefte er die Sünden der Kapitalistenklasse! Wie forderte er uns auf, alle Kraft aufzubieten, um den Erbvertrug zwischen den europäischen Völkern zu verhindern!

Ein Satz besonders hat sich mir eingeprägt, da ich ihn sofort den Anwesenden überhört und in der nächsten Zeit bei politischen Diskussionen mit französischen oder deutschen Bekannten immer wieder daran hinstieß. Dieser Satz lautete ungefähr: Wenn die Kapitalisten und Kriegshelden es fertig bringen würden, Europa in den Krieg zu treiben, wenn sie die Arbeitermassen aufeinanderbringen würden, so wäre es sehr möglich, daß die Gewehre eines Tages nicht losgehen würden.“

So sprach Philipp Scheidemann an jenem Herbstsonnige in Paris! — Es ist jetzt gerade 6 Jahre her. Inzwischen hat er der kapitalistischen Regierung 5mal Kriegsanleihe bewilligt, hat jenen berühmten Satz vom „Durchhalten bis zum Ende“ geäußert, hat Tausende von Kriegserden gehalten und heute — in er Minister einer kapitalistischen Regierung, Erzengel „Jagow“.

Aus der Bewegung.

Hanau. Am 6. Oktober fand in Langensfeldbold die Generalversammlung des Langensfeld-Hanauer-Konsumvereins statt. Hier plägierten die Arbeiter heftig zusammen. In der Diskussion rief Genosse Schnellbacher, daß man als Verkäuferin im Fräulein nahm, die im Fräulein Missionshaus ihr Heim hat, und Tochter von Gewerkschaftlern und Genossen, die sich gemeldet hatten, überging. Der vom Wahlkreis Hanau wegen nicht einwandfreier Geschäftsführung entlassene Parteisekretär Schnellbacher, schloß sich dem Grundsatze an: „Als Sozialdemokrat kann es uns gleich sein, ob wir eine Verkäuferin aus dem Missionshaus nehmen oder Tochter von Genossen.“ Eine allgemeine Ablehnung dieser Auffassung wurde durch stürmische Aufsätze der Generalversammlung dokumentiert. Vor 4 Jahren hat Du anders geredet! war ein treffender Jurist. Weiter lag ein Antrag des Unabhängigen Arbeitersekretariats vor, von den jährlich überzweihundert 500 Mark an das regierungsozialistische Arbeitersekretariat die Hälfte zu überweisen. Seit Besetzen unserer Rechtsanwaltsstelle, 1. Oktober 1917, sind bis 1. Oktober 1918 bedeutend mehr Anträge erteilt worden und zwar 2328 mündliche Anträge und 680 Anfertigungen von Schriftstücken. Das ist ein Beweis, welchem Sekretariat die Bevölkerung ihr Vertrauen zuwendet. Auch hier trat Herr Schnellbacher mit seinem früheren größten Gegner, Mischhändler Lohmann, Arm in Arm gegen diesen Antrag auf. Auch der verkümmerte Sekretär Kisch trat auf den Plan, für Herrn Doch eine Lanze zu brechen. Wie sich diese Herren als treue Wächter des „Sozialismus“ ausgaben, war beschämend. Ihre

eigenen Anhänger bestätigten dies. Man zog die Debatte in die Länge, weil man wußte, daß ein Teil der Hanauer Genossen mit dem einzigen Zuge zurückzuführen, wenn sie nicht zwei Stunden laufen wollten. Bei der Abstimmung wurde unser Antrag abgelehnt, es fehlten uns zwei Stimmen. Bezeichnend war die Bemerkung des Herrn Schnellbacher, die er nicht falsch ausgefaßt wissen wollte: „daß es gefährlich sei einer politischen Partei Zuwendungen zu machen. Die Genossen würden verhindern, daß das Geld ausbezahlt würde.“ Ein neues Geschäft. Das Arbeitersekretariat der Regierungsozialisten wird demnach nicht als ein Institut einer politischen Partei angesehen. Bei der Wahl zum Ausschuss wurde Genosse Schnellbacher trotzdem neu gewählt. Das Verhalten des Vorstandes und des Ausschusses während der Verhandlung war klamafel.

Der Redeprediger der Regierungsozialisten Schnellbacher hat kürzlich auch in Frankfurt a. M. in der bayerischen Pfalz die Güter verkauft. Am 28. September wiederholte, so wird uns geschrieben, der gezeichnete Pfalz das hohe Glück, daß der Herr Reichstagsabgeordnete Schnellbacher zum Vorschein kam und davon erzählte, was alles am Kriege schuld sei und was dem Frieden hindern im Wege liege. Schnellbacher wiederholte auch hier seinen alten Trick, sich mehrmals als gewöhnlichen Arbeiter zu bezeichnen, womit er sich bei seinem Auditorium in besonders empfehlende Erinnerung bringen wollte. Dann sprach er von den Ernährungsverhältnissen, schlüpfte auf die unfähige Regierung. Was sie alles vorordnet habe, freie kein Schwein. Zwischen derartigen Kräfteleistungen, die er sich nach seinen eigenen Ausführungen, nur in Süddeutschland leistet, da es da nicht so genau darauf ankommt wie in Preußen, führte er so eine kleine Hanswurftade an, indem er seine beiden Kostteile übereinanderlegte, um den Anwesenden zu zeigen, wie sehr auch ihm die Rationierung überdrüssig geworden sei.

Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen meinte er, die deutsche Sozialdemokratie (natürlich auch die Verbündigte) habe in der Kriegszeitfrage ihre volle Schuldigkeit getan, denn daß sie die härteste sozialdemokratische Partei der Welt. Die französischen Parteiangehörigen, das sind nur ein paar Hundert und machen für 1 Million Spektakel. Die englischen und amerikanischen Sozialisten führten nur ein Soldatenleben. Diese hätten auch gar keinen Einfluß auf die Clemenceau, Lloyd George, Wilson usw., während die deutsche Sozialdemokratie schon am 4. August 1914 sich für den Frieden einsetzte, aber jetzt sei der Zeitpunkt gekommen, wo sie sich in rückwärtiger Weise für den Frieden einsetzen würde, jetzt fürsteten seine Fremde (und er Schnellbacher im besonderen) überhaupt niemand mehr (Bursch; auch im Hauptquartier?), denn der Hauptgrund, warum man zu keinem Verständigungsfrieden komme, so führte er wortreich aus, sei eine pflichtvergessene Regierung und ein pflichtvergessenes Parlament und an dem letzten Regierungssystem geht Deutschland zugrunde. Für die kommende Zeit gelte es, Ordnung zu halten im Interesse unserer Zukunft; es sei kein Grund zur Panik vorhanden, richtig sei, daß wir mit der Militärdiktatur zu keinem Frieden kommen, einzig und allein können wir durch die Zivilregierung, geführt auf das Parlament, zum Frieden kommen. Das ist so ungefähr das Defizit der Ausführungen Schnellbachers. Man muß ihn wirklich gelassen haben, wie er alle Register zog, häßlichem Lachen folgten Tönen der Unschuld, tiefer Enttäuschung folgte meißerhaft dargelegte Begeisterung, Ausdruck des Glücks folgte die Witze schmerzlicher Liebe, süßen Tönen der Berechnung folgte dummbäuerliches Pathos. Man ist versucht, ihn für einen sehr gerissenen Kabarett-Artisten zu halten, dessen Tätigkeits darin besteht, den Erzählenden einige angenehme Stunden zu bereiten und mehr hat er in Frankfurt auch in der Tat nicht erreicht.

Für unsere Genossen in Frankfurt gilt es mehr denn je, alle Hebel in Bewegung zu setzen, daß diese politischen Charaktere vom Schlage Schnellbacher, die während des Krieges ihre Bestimmung so oft gewandelt haben wie ihr Homb, die die alten Grundsätze verleugnet und ihre Haltung so eingerichtet haben, daß es vor allem ihren persönlichen Interessen keine Nachteile brachte, in Frankfurt jeden Boden verlieren.

Hamburg. Am 11. 10. fand im „Kaiserhof“ in Kitzbühel eine Volkerversammlung statt, in der die Beteiligung der Reichstagsabgeordnete Frohme über die Verwirklichung der Sozialdemokraten an der Regierung referierten. Sie zeigten die durch die unbillige Revolution erreichten Erfolge in Deutschland. Sie veranschaulichten hoch und heilig, daß die Sozialdemokraten schon immer für den Frieden gestrebt und die 14 Punkte Wilsons genau das seien, was sie immer verlangt hätten. Sollte der Friede aber dennoch scheitern, weil die Feinde an Deutschland entsprechende Bedingungen stellen, dann würde Deutschland wie ein Mann zusammenstehen. Herr Schwanz sich besonders Frohme zu großer Begeisterung auf. Sein Wort verloren beide über die Annahme, war immer lang es heraus: wir müssen jetzt in schwerster Stunde zum Vaterlande stehen und alle Schulden bis nach dem Kriege zurückzahlen. Aber dann!(1)

Genosse Wolkenrufer ließen das Mikro erkennen, daß auch „Unabhängige“ vertreten waren, und eine unserer Genossinnen meldete sich zum Wort. Das gab dem Mikro den Gedanken ein, erst noch über die Resolution abzusprechen, in der zum Ausdruck kommt, daß die Verwirklichung der 14 Punkte der Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes anbeis, die Regierung unter allen Umständen gestützt werden soll und in der die Arbeiter aufgefordert werden, sich der Partei, den Gewerkschaften und Genossenschaften anzuschließen. Unter fortwährenden Rufen nach Diskussion ließ der Vorsitzende abstimmen. Ein Teil der Versammlung stimmt dafür, wenige Stimmen sind dagegen. — Dann macht der Vorsitzende den Vorschlag, nicht in eine Diskussion einzutreten, weil dadurch der Eindruck der beiden Referate ver-

wischt würde. Die Versammlung stimmte dem gegen eine starke Minderheit zu. Eine Armseligkeit ohne Gleichen. Jetzt, wo Böllerschüsse geschmettert werden, wo es um die Lebensinteressen des Proletariats geht, sich den theatralischen Schwung einer Durchhalte- rede nicht vertuschen zu lassen. Freilich manches andere der beiden Referate wäre auch verwischt worden und ihre Resolution hätte in Gefahr bringen können.

Aus dem Gewerkschaftsleben.

Bürgerliche oder sozialistische Gewerkschaftspolitik. Die Ereignisse der letzten Wochen und Tage stellen ein Fiasco der Politik dar, die wir allgemein als imperialistisch bezeichnen. Das Phantom Mittel- europa ist zusammengebrochen und mit ihm alle übrigen Hoffnungen, die ein starker Friede in Erfüllung bringen sollte. Damit sind auch alle Illusionen, welche die regierungstreue Gewerkschaftsbürokratie bei ihren Mitglidern nun über vier Jahre großzog, ebenfalls in sich zusammengebrochen.

Was die nächste Zukunft bringen wird, kann heute noch nicht gesagt werden, nur soviel steht fest, daß alles anders kommen wird, als man hoffte.

Es wäre ein großer historischer Fehler, wenn sich die Klassenbewußte Arbeiterschaft Deutschlands aber- mals täuschen ließe. Die Tatsache, daß ein Scheidemann, ein Bauer und einige andere zu Erzelenzen geworden sind, bedeutet keinen Wechsel des Systems; im Gegenteil, sie sollen zur Konservierung, zur Erhaltung des bisherigen Systems, zur Erhaltung der Ordnung beitragen, das ist ihre traurige Mission.

So wie diese Leute den herrschenden Gewalten bisher willige Handlangerdienste geleistet haben, so sollen und wollen sie es auch in Zukunft tun. Sie wollen ihre Macht und ihren Einfluß geltend machen um einen gründlichen Systemwechsel zu verhindern, mit aller Gewalt stemmen sie sich der historisch bedingten Entwicklung im Interesse der bürgerlichen Gesellschaft entgegen.

Dies muß die Arbeiterschaft mehr als bisher einsehen. Die Liquidation des Krieges wird Probleme schaffen, wie sie bisher noch nicht da waren, die Einstellung der Kriegsindustrie und die Unmöglichkeit, den Arbeitsmarkt so zu gestalten, daß große Arbeitslosigkeit in großem Umfang nicht eintritt, wird Zustände herbeiführen, die keinen Vergleich mit allen bisherigen kapitalistischen Krisen aushält, zumal der Arbeitsmarkt durch die heimkehrenden Soldaten ständig zu- fließt erhält.

Alle vorbereiteten Maßnahmen sind Theorie, die mit der Praxis kollidieren werden.

Solange und weil das Wesen unserer Gesellschaft auf der Lohnarbeit beruht, können auch die besten Anordnungen an den realen Gegensätzen zwischen Kapital und Arbeit nichts ändern, nur die Beseitigung der Lohnarbeit kann hier helfen, davon wollen die Gewerkschaftsstrategen und Erzelenzen nichts wissen, sie sind für die bestehende Ordnung mit Reformen und Almosen soll die Arbeiterschaft bestimmt werden, zu stützen, zu diesem Zwecke sind die Arbeiter-Erzelenzen in die Regierung berufen.

Mehr denn je gilt es, der Gewerkschaftsbürokratie auf die Finger zu sehen, die ihre erlauchten Köpfe mit den Problemen der Uebergangswirtschaft und dem Wiederaufbau beschäftigen, was ja letzten Endes alles zum Schutze des Kapitals geschieht; ihre Politik ist Kapitalistenpolitik, aber keine Arbeiterpolitik.

Man verbitte sich endlich einmal mit aller Energie, die gewerkschaftliche Neutralitätsduselei.

Die Beschlüsse und Taten der Gewerkschaften müssen im Einklang stehen mit den Forderungen des internationalen Klassenbewußten Proletariats.

Aus dem Metallarbeiterverband. Eine Notiz in Nr. 218 der „Leipz. Volkszeitung“ „Die Inquisition im Dienste der Zentralverbände“, die sich mit dem im Metallarbeiterverband beliebten Ausschlußverfahren beschäftigte, hat mächtige Aufregung hervorgerufen. Berichts in Nr. 223 brachte die „V. B.“ die wesentlichsten Stellen einer „Berichtigung“, die ihr vom Vorstand des Metallarbeiterverbandes zugegangen. Die Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung tut ein übriges. Ueber eine Spalte muß in Nr. 39 dieses Organs ihrem Jornerguss über den armen Leipziger Sänder dienen. Und wie wird geschimpft! Verlogenheit und niederträchtiges Nachwort der „V. B.“, „gemeine Anwürfe“, „Unehrlichkeit“, „systematische Schmähsucht“, „Verbrechungs- und Verleumdungslust“ u. a. Solche Stillblüten geben dem Artikel sein Gepräge. Mit der Metallarbeiter-Zeitung reitet der „Vorwärts“ in die Arena, um in gleicher Sache den bösen Unabhängigen eins auszuwichsen.

Wochen zuvor, nachdem der Metallarbeiterverband in Nr. 36 der Metallarbeiterzeitung in Sachen Steinhauer-Essen eine Publikation losgelassen, fiel die abhängige Presse über den mageren Happen her, trümpfend verklärend: „Seht, wie der Zentralvorstand einer Gewerkschaft verleumdet wurde und wie vor dem Schiedsgericht der Uebelthäter kleinbeigeten mußte.“ Wir nagelten in unser Notiz das beliebte Ausschlußverfahren gegen unbequeme oppositionelle Mitglieder als ein mittelalterliches Inquisitionsverfahren fest, die von dem Mitgliede Steinhauer abgegebene Erklärung als eine erzwungene bezeichnend.

Mit großem Pathos ruft der „Vorwärts“ aus: „Empfinden jene unabhängigen Blätter denn nicht, wie sehr sie den Abgeber jener Erklärung zum feigen Feigling stempeln, der aus Furcht vor dem Ausschluß sich bestimmen ließ, etwas zu widerrufen, von dem er innerlich nicht überzeugt war?“ Das spräche nicht gerade von persönlichem Mut.“

Dies heuchlerische Getue paßt zur Methode. Hat jemand in der Gewerkschaft Kritik an den Handlungen des Vorstandes geübt, sich dabei aber in der Form nicht im vorsichtigen Rahmen gehalten, so wird er

mit einem Ausschlußverfahren beehrt. So auch Steinhauer. Dieser hatte seinem subjektiven Empfinden dahin Ausdruck verliehen, daß der von ihm und unzähligen anderen Mitgliedern aus- schärfte verurteilte Aufruf des Vorstandes in Nr. 10 der Metallarbeiterzeitung eine „niederträchtige bestellte Arbeit“ sei. Diese intrinischen Worte sollten ihm das Genid brechen. Ausschluß aus dem Verbands und die Entfernung von seinem Posten, darauf war es abgesehen. Deshalb das Ausschlußverfahren. Steinhauer ließ vor der Kommission, die in diesem Verfahren eingesetzt wurde, die fraglichen Worte nach eingehenden Verhandlungen fallen, ebenso den Vorwurf „politischer Schabrackerei“. Das konnte Steinhauer, der im übrigen bei seiner sachlichen Stellung gegen den ominösen Aufruf des Hauptvorstandes verblieb. Nach dieser Erklärung Steinhauers mußte man vom Ausschluß, auf den es abgesehen war, wohl oder übel Abstand nehmen. Eine öffentliche Klage, an der sich dann der Hauptvorstand und mit ihm der abhängige Wälderwald erstreuten, blieb als Entschädigung zurück. Der Schmerz, den Ausschluß verfehlt zu haben, ist aus den Worten des „Vorwärts“ nur zu ersichtlich.

Eine Kennzeichnung verdient das beliebte Schiedsgericht-Ausschlußverfahren noch im besonderen. Es betrifft die Zusammensetzung dieser „Gerichte“ des Verbandes. Angestellte und Ankläger ernennen je zwei Beisitzer. Soweit gut. Wer aber ernannt den Vorsitzenden? Der Hauptvorstand! Zu welchen Konsequenzen das führt, zeigt der Fall Steinhauer erneut. Letzterer hat den „Vorstand“ beleidigt. Dieser leitet nun das Ausschlußverfahren ein und bestimmt als „Ankläger“ nicht nur die 2 Beisitzer, sondern auch den Vorsitzenden. Zu welcher „Rechtsprechung“ das führen muß, bedarf keiner weiteren Erläuterung. Der vorliegende Fall illustriert den Metallarbeitern wie anderen Gewerkschaftsmitgliedern so recht deutlich, wie unendlich viel ihnen noch zu tun übrig bleibt, bevor von einer wirklichen Demokratie innerhalb ihrer Organisationen die Rede sein kann.

Groß-Berliner Chronik.

Die Berliner Stadtverordneten erheben in ihrer Sitzung vom 10. Oktober die Forderungen ihres Ausschusses über Feuerungszulagen für Beamte, Arbeiter und Hilfskräfte einmütig zum Beschluß und der Magistrat erklärte sofort seine Bereitwilligkeit, dem zu entsprechen und die Zulagen so schnell als möglich zur Auszahlung zu bringen.

Ein Antrag der unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion verlangte eine Aenderung der Geschäftsordnung, wonach der Vorsteher, der gestellte Anträge nicht auf die Tagesordnung setzen will, verpflichtet ist, den Antragstellern hiervon Mitteilung zu machen und daß die Antragsteller gegen den Bescheid schriftlich Einspruch erheben und die Versammlung zur Entscheidung anrufen können.

Stadtv. Dr. Rosenfeld (Unabh. Soz.) weist begründend auf den äußeren Anlaß des Antrages hin. Der Vorsteher habe einen Antrag der unabhängigen Fraktion, der den Reichsanwalt auffordert, einen baldigen Frieden herbeizuführen, einfach nicht auf die Tagesordnung gesetzt. Er habe es nicht einmal für nötig gehalten, den Antragstellern eine Antwort zu geben. Das sei unerhörte. Noch niemals habe ein Vorsteher der Versammlung sich dazu hergegeben, der Versammlung Fesseln anzulegen. Die Geschichte der Stadtverordneten lenne kein einziges Beispiel, wo der Vorsteher auch nur ähnlich verfahren sei. Mit großer Mühe ist der Vorsteher durch eine geschäftsordnungsmäßige Anträge gezwungen worden, Rede zu stehen und habe zum Ausdruck gebracht, daß die in dem Antrage behandelte Materie in den Reichstag gehöre. Dabei seien gerade die Großstädte auch kommunalpolitisch in besonderer Weise am Frieden interessiert. Die Forderung sei gerade vom kommunalpolitischen Standpunkt aus eine sehr zeitgemäße. Indem der Vorsteher den Antrag nicht auf die Tagesordnung setzte, habe er der Selbstverwaltung einen schweren Schlag verfehlt, über den man eröden und Scham empfinden müßte. Nicht einmal habe der Vorsteher es für nötig gehalten, unsere Genossen zu bescheiden. Schon die Billigkeit hätte das erfordert. Man müsse aus solcher Willkür schon die Lehre ziehen, um vor einer solchen Annahme eines Vorstehers bewahrt zu werden. Die Geschäftsordnung müßte den Zusatz bekommen, wonach der Vorsteher bescheiden muß. Er muß aber auch seinen Bescheid begründen, damit die Antragsteller gegen den Bescheid die Versammlung anrufen können. Der Vorsteher habe zur Verteidigung seines Willküraktes auf den § 35 der Städteordnung hingewiesen, der von Gemeindeangelegenheiten handle. Diesen Begriff dürfe man aber nicht zu eng ziehen. Dr. Dertels Kommentar zur Städteordnung beweise das. Die Geschichte der Stadtverordnetenversammlung beweist, daß die Vorgänger dieser Versammlung sehr energisch auf den Plan traten, wenn politische Rechte in Frage standen, die sogar in einer Adresse an den König verlangten, das Ministerium Brandenburg zum Tausel zu jagen. Auch Pressefreiheit, Landtagsberatung hätten die früheren Stadtverordneten in der Stadtverordnetenversammlung gefordert und die Stadtverordnetenvorsteher hätten niemals diese Tätigkeit eingeengt. Heute müsse man sich schämen, zu sehen, wie ein Vorsteher die Rechte der Versammlung beschränke und in Fesseln lege, der die Rechte wahren sollte, ausschließlich zu dem Zwecke da sei. Deshalb würde die Aenderung der Geschäftsordnung nötig, die in dem Antrage gefordert werde. Die Kritik des Genossen Rosenfeld an der Tätigkeit des Stadtverordnetenvorstehers entfiel wiederholt den scharfen Widerspruch der bürgerlichen Stadtverordneten, denen diese Kritik unerhörte schien, während unsere Genossen die Ausführungen zustimmend begleiteten. Der Vorsteher selber erklärte, er wolle auf die

Angriffe nicht eingehen, im Interesse der Versammlung. Diese erneut anmahenden Bemerkungen riefen den lauten Protest der Versammlung hervor. Stadtverordneter Cassel, als Vorsitzender der bürgerlichen Mehrheit verteidigte den Vorsteher und dessen Maßnahmen. Die Demokratie besiede auch darin, daß die Grenzen der Zuständigkeit der Gemeinde nicht ver- wischen würden. In der Sache sei zuzugeben, daß die Grenzen kräftig sein könnten und deshalb könne in einem Ausschusse der Antrag geprüft werden, die Verteidigungsrede Cassels, die mehr eine eigene Verteidigung war, wurde von den bürgerlichen Stadtverordneten mit starkem Beifall und was selten da war, sogar mit Händellatschen aufgenommen. Beifall spenden aber auch die bürgerlichen Vertreter den Bemerkungen des Stadtv. Bruns, der für die Abhängigen erklärte, der Vorsteher habe immer in gutem Glauben gehandelt, sein Wort der Kritik fand er für die stand- dalöse Behandlung unseres Antrages; er schloß sich dem Antrage auf Ausschlußberatung an, der dann auch angenommen wurde.

Inzwischen ist ein neuer Antrag der unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion eingereicht worden, der den Magistrat erucht, beim Reichsanwalt in einer Petition zu fordern: Amnestie für alle wegen politischer Vergehen und Verbrechen Verurteilten, Aufhebung des Belagerungszustandes, freies Vereins- und Versammlungsgesetz, Pressefreiheit, Aufhebung des Zwangs- dienstgesetzes und Reform der Städteordnung zwecks Einführung einer wahrhaften Selbstverwaltung. Auch dieser Antrag fußt in der neuen Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung.

Wenn auch inzwischen eine Amnestie bekannt gegeben ist, so besteht doch noch der Belagerungszustand mit all seinen Schönheiten.

Die Kleiderverwertungsfelle in der Kommandantenstraße läßt bekanntlich alte Kleider um- und ausarbeiten und zwar in eigenen Werkstätten. Bei den Preisen, die das Publikum für diese alten Kleider zahlen muß, sollte man annehmen, würden auch die mit der Herstellung dieser Garderobe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen den Zeitverhältnissen entsprechend entlohnt werden. Das ist aber eine durchaus falsche Annahme. Man traue seinen Ohren nicht, wenn man hört, in welcher Weise die Arbeiter der Kleiderverwertungsgesellschaft bezahlt werden.

Arbeiterinnen erhalten 30—36 M. Wochenlohn bei achtstündiger Arbeitszeit. Schneider 50—60 M., Zuschneider 60—70 M. Rechnet man von diesem Lohn die Kassenbeiträge und das Jahrgeld ab, so bleibt ein Lohn übrig, der eine ganz elende Bezahlung darstellt und man fragt sich, wie die Arbeiter und Arbeiterinnen mit einem derartigen Lohn existieren können. Anträge auf Erhöhung haben leider mit das Entgegenkommen gefunden, das man von einer solchen öffentlichen Bewirtschaftungsfirma verlangen muß. Eine besondere Rolle spielt bei den Arbeiterinnen eine Extravergütung von 3 Mark wöchentlich. Diese 3 M. bekommt nur diejenige, die täglich pünktlich um 8 Uhr auf ihrem Plage sitzt und nie fehlt. Wer das Bech hat, einige Minuten zu spät zu kommen oder ge- nötigt ist, durch häusliche Verhältnisse einmal der Arbeit fern zu bleiben, bekommt die 3 Mark nicht, so daß eine Willkür- und Günstlingswirtschaft Platz greift.

Vor einiger Zeit ist wiederum ein Antrag auf Lohnbewilligung gestellt worden, aber die Antwort läßt sehr auf sich warten. Der Herr Direktor Romara scheint für Arbeiterfragen nicht das nötige Verständnis zu haben, sonst wäre eine solche miserable Bezahlung gar nicht denkbar. Es muß von einer solchen Stelle kategorisch eine angemessene Bezahlung der Arbeitskräfte verlangt werden und zwar sofort. Außerdem muß in den öffentlichen Körperlichkeiten eine gründliche Klarstellung der Geschäftsmethode der R. V. S. erfolgen.

Aus der Zeit.

„Landrästliches“ aus dem Oberwestertal. Ein sehr „seinsüßlicher“ Herr scheint der Landrat des Oberwestertal-Kreises zu sein. Hatte da einer der Land- bewohner eine Eingabe ans Landratsamt gerichtet und das Anweri mit der Aufschrift versehen: „An den echt preussischen Landrat in Marienberg (Oberwestertal)“. Darob fühlte sich der Landrat schwer verlezt, strengte Verleumdungsklage an und die Straf- kammer in Limburg a. d. Lahn verurteilte den „Ver- brecher“ zu 10 Mark Geldstrafe. So geschahen im 5. Kriegsjahre 1918. Doch dieser Landrat hat auch noch andere Sorgen. Wenn Arbeiter dieses Kreises, die nebenbei einige Hühner halten, wegen Nichtabliefe- rung der vorgeschriebenen Zahl von Eiern mit hohen Geldstrafen bedacht werden, so könnte es scheinen, als wenn dem Landrat nichts mehr am Herzen läge, wie eine volle Erfassung und streng korrekte Ratio- nierung aller Lebensmittel. Doch der Landrat selbst scheint sich von dieser Rationierung auszunehmen. Wie könnte es sonst möglich sein, daß ins landrät- liche Haus kürzlich in einer Woche u. a. 10 Pfund Fleisch, 12 Eier und 4 Pfund Butter gelangten. Da läßt sich noch durchhalten. Die werktätige Bevölkerung des Kreises aber macht sich ihren Verd. daraus; hier die landrätliche „Versorgung“, dort strenge Strafen dem Arbeiter, dessen Substanz bei mangelnden Futter- mitteln nicht die vorgeschriebene Zahl von Eiern legt oder wenn der Arbeiter etwa ein Ei für sich verwendet, um bei schwerem Frondienst im Berg- werk, Steinbruch usw. seine physischen Kräfte aus- recht zu erhalten.

Redaktionschluss: Jeden Dienstag Abend.

Verantw. Redakteur: C. Leid; Verleger A. Hoffmann; beide Berlin D. 27, Schilderstraße 5. Druck: Maurer & Dimmid, Berlin, Köpenicker Str. 88-89.